

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement, Preis vom 1. Januar 1917
 Einzelheft 10 Pf. monatlich 1.50 RM.
 Vierteljährlich 3.50 RM. und ganz
 jährliche 7.00 RM. Sonntags-
 nummer mit Illustration Sonntag-
 hefte „Die Neue Welt“ 10 Pf. Son-
 abonnement 1.50 RM. pro Monat
 eingemessen in die Zeitungs-
 Preisliste unter Kreuzband für
 Preussisch und Ostpreussisch
 1.50 RM. für das übrige Ausland
 2.00 RM. pro Monat. Postabonnements
 nehmen an Belgien, Dänemark,
 Estland, Italien, Jugoslawien, Norweg,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die beschriebene Anzeigen-
 zeile aber deren Raum 60 Pfg. für
 politische und gewerbliche Inserate
 und Bekanntmachungen 30 Pfg.
 „Kleine Anzeigen“, das heißt
 Wort 20 Pfg. umfänglich 2 Zeilen
 ohne, jedes weitere Wort 10 Pfg.
 Stellenangebote und Geschäftsange-
 boten das erste Wort 10 Pfg., jedes
 weitere Wort 5 Pfg. Worte über 10 Buch-
 staben zählen für zwei Worte. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97.
 Mittwoch, den 7. Februar 1917.
 Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97.

Französischer Vorstoß bei Mühlhausen gescheitert

Feuerkampf zwischen Aisne und Somme.

Abendbericht.

Amtlich. Berlin, den 6. Februar. Abends.
 Nordwestlich von Mühlhausen blieben bei einem
 gescheiterten französischen Vorstoß Gefangene in unserer
 Hand.
 Im Osten war eine Unternehmung an der Verecina
 für uns erfolgreich.
 An der mazedonischen Front zeitweise lebhaftes Feuer
 im Cerna-Bogen.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 6. Fe-
 bruar 1917. (W. I. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Infolge dunstigen Frostwetters blieb die Tätigkeit der Artillerie
 und Flieger gering; nur zwischen Aisne und Somme war vorüber-
 gehend der Feuerkampf stark.

Von Erkundungsvorstößen im Somme-Gebiet, auf dem Opi-
 vier der Maas und an der Lothringer Grenze wurden über 30 Eng-
 länder und Franzosen und einige Maschinengewehre zurückgebracht.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Von der Biala Räfte bis zum Mündungsgebiet der Donau
 keine besonderen Ereignisse.

Mazedonische Front.

Zeitweilig lebhaftes Feuer im Cerna-Bogen und in der
 Struma-Niederung.

Der Erste Generalquartiermeister,
 Lubendorff.

Der österreichische Bericht.

Wien, 6. Februar 1917. (W. I. S.) Amtlich wird
 veröffentlicht:

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nordwestlich von Kizilbaba sieben Abteilungen des Feld-
 jägerbataillons in die feindliche Hauptstellung war, machten
 zwanzig Russen nieder und verschütteten die feindlichen Gräben.
 Bei Comanesci wurde ein feindlicher Josophäger durch Luft-
 kampf zur Kapitulation gezwungen.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Lage unverändert.
 Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes,
 v. Hoefer, Feldmarschallleutnant.

Erklärung des niederländischen Ministeriums.

Keine Ursache zur besonderen Beunruhigung.

Haag, 6. Februar. Das Korrespondenzbureau meldet:
 In der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer hat der
 Vorsitzende des Ministeriums, Minister des Äußeren Cort van
 der Linden, folgende Erklärung abgegeben:

Größe Ereignisse beschäftigen die Regierung. Es ist im
 Augenblick noch nicht möglich, darüber Mitteilung zu machen. Die
 Regierung wird nicht versäumen, der Kammer, sobald es im Inter-
 esse des Landes gelegen ist, alle Informationen zu geben. Es be-
 steht keine Ursache zu besonderer Beunruhigung.

Haag, 6. Februar. „Nieuwe Courant“ schreibt anlässlich der
 Regierungserklärung, daß im Augenblick keine Ursache zu beson-
 derer Beunruhigung bestehe, es ist ein trotziger Gedanke
 in diesen angloholländischen Tagen, daß wir uns auf die
 Aufrichtigkeit derartigen Erklärungen beru-
 lassen können wie auf Gold. Was uns in der Ententezeit be-
 ruhigend angemutet hat, war, daß wir darin einigere Verständnisse
 für die besondere Lage fanden, in der die an Deutschland grenzen-
 den Länder sich befinden, wenn sie vor die Frage gestellt werden,
 ob sie sich in irgendeiner Form dem Vorgehen Wilsons anschließen
 sollen.

England und die Niederlande.

In einer Unterredung mit einem Mitarbeiter der Zeitung „Het
 Vaderland“, sagte der neue englische Gesandte Sir Walter
 Townley, er bedauere, daß einige Blätter an seine Ernennung
 falsche Behauptungen geknüpft hätten. Die britische Regierung
 habe nicht die Absicht, ihre Haltung gegenüber der niederländischen
 zu ändern. England wünsche im Gegenteil, daß die freundschaft-
 lichen Beziehungen, die es mit den Niederlanden unterhalten habe,
 von Dauer sein möchten. Der Gesandte versicherte, daß weder
 England, noch ein anderes Land der Absicht die geringste Absicht
 habe, die Neutralität der Niederlande zu verletzen.

Brasilien protestiert.

Gemäßigt, doch bestimmt.

Haag, 6. Februar. Havas meldet aus Rio de Janeiro:
 Der Präsident machte im Ministerrat Mitteilung von einer
 Protestnote der Regierung. Sämtliche Kabinettsmitglieder
 waren einstimmig für den Wortlaut der Note, in welcher Brasilien
 in gemäßigtstem, aber doch bestimmtem Tone seine Haltung zum
 Schutze der Interessen gegen die Bedrohung durch die deutsche
 U-Boot-Kriegsführung niederlegt.

Der Text der Note wird veröffentlicht werden, nachdem
 die Kabinetsmitglieder davon Kenntnis genommen haben.

Spaniens strikte Neutralität.

Frankfurt a. M., 6. Februar. Die „Frankfurter Zeitung“
 meldet aus Madrid: „Diario universal“, das Organ des Grafen
 Romanones, beglückwünscht die spanische Regierung, daß sie
 alle Gefahren abgewandt gewußt habe, indem sie die Friedens-
 note Wilsons nicht unterstützt habe. Das erspare
 Spanien jetzt, die Geste des amerikanischen Volkes nachzumachen zu
 müssen. Wir hoffen, sagt das Blatt, daß der Takt und die Vor-
 sicht unserer Regierung und erlauben, die strikte Neutrali-
 tät, die wir seit Kriegsbeginn beobachtet haben, aufrechtzuerhalten.

Englische Kriegsschiffe

lauern an der norwegischen Küste.

Lübeck, 6. Februar. Der kürzlich in Lübeck eingelaufene deutsche
 Dampfer „Aeolus“ traf auf der Reise von Rarvick nach Lübeck
 in der Nähe von Stavanger am 16. Januar vormittags mehrere
 Torpedobootzerstörer, von denen zwei die Bezeichnung
 G 76 und G 29 trugen. Die Zerstörer machten den Versuch, den
 Dampfer aufzubringen, was ihnen jedoch durch die Manöver des
 Dampfers, der den Hafen Grundbünd als Nothafen anließ, unmit-
 telbar gemacht wurde. Hier kam der Kommandant des norwegischen
 Torpedobootes an Bord des „Aeolus“ und nahm ein
 Protokoll über den Vorgang auf. Er erzählte dem Kapitän, daß
 die Zerstörer englischer Nationalität seien und schon
 seit einigen Tagen zusammen mit englischen U-Booten an der
 Küste gesteckt worden seien.

U-Boots-Erfolge.

Berlin, 6. Februar. Ein rückkehrendes U-Bootboot hat
 außer zwei bereits durch die Presse als versenkt bekannt gewordenen
 englischen Dampfern von zusammen 7500 Tonnen weiterhin ver-
 senkt: Den italienischen Dampfer „Bisagno“ (2252
 Tonnen), den portugiesischen Segler „Riuh“ (500
 Tonnen), einen armerikanischen Frachtdampfer von 3500 Tonnen
 im Atlantischen Ozean, ferner im Nordatlantik in den englischen
 Gewässern zwei unbekanntere Frachtdampfer von
 etwa 2000 bzw. 4000 Tonnen. Außerdem wurde ein Geschütz er-
 beutet und drei Gefangene gemacht.

Den amerikanischen Schiffen werden fremde Flaggen verboten.

Washington, 6. Februar. Neuter. Präsident Wilson hat
 eine Proklamation erlassen, in der auf Grund des Schiffahrtsgesetzes
 den amerikanischen Reedern verboten wird, ihre Schiffe unter fremde Souveränität
 zu stellen.

In seiner Wirkung muß dieses Verbot sich gegen die von
 England aus organisierte Schiffraumzentrale richten. Poli-
 tisch wichtig ist es aber vor allem deshalb, weil es bei
 strikter Befolgung den Mißbrauch amerikanischer Schiffe zum
 Zweck der Verhütung der amerikanischen Bevölkerung gegen
 Deutschland während des uneingeschränkten U-Boot-Krieges
 unmöglich macht. Angriffe auf amerikanische Schiffe würden
 alldann Amerika direkt angehen.

Ballin über die Schiffsbeschlagnahme.

Hamburg, 6. Februar. Generaldirektor Ballin, über die
 Beschlagnahme der deutschen Schiffe durch die Vereinigten
 Staaten befragt, erklärte einem Vertreter des „Hamb. Freibl.“,
 da es sich bisher nur um den Abbruch der diplomatischen Be-
 ziehungen handelte, könne er an einen solchen Gewaltakt nicht
 glauben.

Inzwischen ist bekanntlich von amerikanischer Seite er-
 klärt worden, daß es sich bei der Maßregel gegen die deut-
 schen Schiffe nicht um Beschlagnahme handelt. Die Schiffe
 wurden, wie Neuter meldet, unter Aufsicht der Regierung
 gestellt.

Amerika und die andern.

In beide Schalen der Kriegswage sind neue Gewichte
 eingeleht. Deutschland hat in die seine das Schwere des
 verschärften Landbooskriegs geworfen, in der anderen erscheint
 als Wehrgewicht die Stellungnahme Amerikas gegen Deutsch-
 land. Was sie bedeutet, welche Folgen sie haben wird, ist
 ungewiß.

Amerika will die europäischen Neutralen zum Anschluß
 an sein Verfahren bestimmen, aber dabei ist noch nicht einmal
 klar, worin sein eigenes Verfahren eigentlich besteht. Vom
 Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur Kriegserklärung
 ist immer noch ein Schritt, der nicht leicht getan wird. Gestern
 ist von Neuter die Beschlagnahme der deutschen Handelschiffe
 in Amerika gemeldet worden, aber diese Maßnahme wurde
 widerrufen mit der richtigen Begründung, daß dies eine
 Kriegshandlung sein würde. Man geht kaum fehl,
 wenn man annimmt, daß diese Kriegshandlung noch nicht
 vollendet, aber soweit vorbereitet ist, als es braucht, ihren
 Erfolg zu sichern.

Es ist begreiflich, daß die europäischen Neutralen bis jetzt
 keine Neigung verraten, mit Wilson denselben Wagen zu be-
 steigen, zumal sie gar nicht wissen, wohin er fährt. Wilson
 selbst hat inzwischen, wie das niederländische
 Pressebureau meldet, eine Note an die Neutralen
 gerichtet, worin er sie auffordert, seinen Anschluß an
 die Neutralen zu unterlassen. Dieser Schritt sei eine Vor-
 bereitung für den Plan, gemeinsam auf die
 Beschleunigung des Friedens und auf die
 Verhütung der Rechte der Neutralen hin-
 zuwirken.

Auch das ist reichlich dunkel. Denn wenn der Plan
 Wilsons gelänge, und wenn infolgedessen alle Vertreter der
 Neutralen Berlin und die anderen Hauptstädte des Vier-
 bundes verlassen, so bliebe als Friedensvermittler einzig und
 allein das Maschinengewehr übrig. Früher einmal tat der
 Präsident den Augen Auspruch: „Wenn man einander nicht
 überwinden kann, muß man sich verhandigen!“ Glaubt er
 jetzt — mit Hilfe der europäischen Neutralen — überwinden
 zu können?

Wenn er das glaubt, braucht er nur den Londoner
 „Daily Telegraph“ lesen, in dem zu lesen steht, die Neutralen
 möchten zwar schon, sie fürchteten aber, daß ihnen das Schick-
 sal Belgiens bereitet werden könnte. Darin liegt das
 Zustandnis, daß die Macht der Entente nicht für aus-
 reichend erachtet wird, um die Neutralen vor dem Ueber-
 ranntwerden durch das angegriffene Deutschland zu schützen.
 Ganz derselben Meinung wie das englische Blatt ist übrigens
 das Pariser „Journal“, das schreibt: Die Aufforderung des
 Präsidenten Wilson an die Neutralen, sich ihm anzuschließen,
 habe „eine außerordentlich interessante Lage geschaffen“. Es
 sei möglich, daß nicht alle Interessierten auf diese Aufforde-
 rung antworten, denn für die Mehrzahl unter ihnen, für
 Holland, Skandinavien und die Schweiz sei die Gefahr
 besonders groß.

Man versteht also, daß es für die Neutralen Gründe
 gibt, den Plan Wilsons kritisch zu betrachten, selbst dann,
 wenn ihre Stimmung vom „Daily Telegraph“ richtig ge-
 schildert wäre.

Nach zahlreichen uns vorliegenden Pressestimmen scheint
 dies indessen keineswegs der Fall zu sein. Namentlich an-
 der Schweiz, an die sich Wilson als erste gewendet haben
 soll, lassen sich Stimmen vernehmen, die auf eine deutliche
 Ablehnung des amerikanischen Planes hinauslaufen, und man
 kann vielleicht als maßgebend betrachten, was der Berner
 „Bund“ darüber schreibt:

Nach untrügender Auffassung, die sicherlich die des ganzen
 Schweizer Volkes ist, wird sich der Bundesrat nicht von der strikten
 Neutralität entfernen, die ein Grundprinzip und eine Lebens-
 frage der schweizerischen Politik ist. Die Schweiz ist in dieser
 Beziehung in einer anderen Lage als die Vereinigten Staaten von
 Amerika es sind.

Auch aus Holland klingen ähnliche Stimmen der Be-
 sonnenheit zu uns herüber, wie z. B. die des „Allgemein
 Handelsblatt“, das sich folgendermaßen vernehmen läßt:

Es ist natürlich unsere Pflicht, das Recht unserer Völker so
 gut wie möglich zu verteidigen, aber es ist die Frage, ob
 wir es am besten dadurch verteidigen, daß wir so handeln
 wie Amerika. Auch Präsident Wilson wird zugeben, daß die Ver-
 hältnisse für ein Volk von 6 Millionen Seelen, das eine Grenz-
 linie von ungefähr 400 Kilometer gegen die deutschen Armeen zu
 verteidigen haben würde, einermassen anders liegt, als für ein
 Volk von 100 Millionen, das durch einen Ozean vom blockierten
 Deutschen Reich getrennt ist.

Stimmen, die in der Schlussfolgerung auf dasselbe
 Ziel zielen, liegen auch aus Dänemark und Schweden
 vor. Alle diese neutralen Staaten sind durch die Aufforderung
 Wilsons, sich seinem Vorgehen anzuschließen, in eine noch
 schwierigeren Lage gekommen. Ihre Regierungen können

voransetzen, daß die Entente in ihren Ländern mit Hochdruck für Wilsons Plan arbeiten wird — den sie vielleicht noch ein wenig anders auslegen als Wilson selbst — und müssen davon steigende innere Beunruhigung befürchten. Ein Anzeichen dafür, daß einer der europäischen Neutralen diesem Stimmungsbild zustimmen könne, macht sich jedoch noch nirgends bemerkbar.

Vielleicht ergibt sich etwas größere Klarheit, wenn die Note Wilsons an die Neutralen veröffentlicht wird. Jedenfalls darf man gespannt sein auf die Aufklärung des scheinbaren Widerspruchs, der darin liegt, daß Wilson erst kürzlich einen „Frieden ohne Sieg“ als den einzigen Dauer versprechenden bezeichnet hat, und daß er jetzt zu einem Vorgehen ermuntert, das die Tendenz hat, mit einem Sieg, nämlich dem Sieg über Deutschland zu enden. Daß dieser Sieg nach so langem Kampf und gegenüber soviel triumphierenden Feinden zu einer verwickelten Lage für das deutsche Volk führen müßte, liegt auf der Hand. Dafür zu sorgen, daß dieser Sieg nicht mädlich wird, ist Sache des deutschen Volkes. Aber kann der Apostel des „Friedens ohne Sieg“ ihn wollen?

Etwas anderes wäre es, wenn die Neutralen vereint an beide Streitparteien herantreten und von ihnen forderten, daß sie den Kampf einstellen und unter Verzicht auf alle Eroberungen und Entschädigungen auf Grundlage voller Gleichberechtigung mit einander Frieden schließen. Härte auf solche Weise der ganze Krieg auf, dann bräunte man sich auch nicht mehr über bestimmte Methoden der Kriegsführung zu beklagen. Eine solche Aktion der Neutralen würde aber ihre Spitze gegen beide Teile kehren müssen. Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen und die Vorbereitung von Kriegshandlungen gegen einen der beiden Teile wäre die schlechteste Einleitung für sie.

Der Bruch mit Deutschland.

Ein Antrag auf Billigung im Senat.

Amsterdam, 6. Februar. Nach Wash'ngtoner Meldungen hat der Vorsitzende der Kommission für Auswärtige Angelegenheiten, Stone, eine Resolution über den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Deutschland im Senat eingebracht. Der Schluß dieser Resolution lautet: der Senat billigt den Schritt des Präsidenten, wie er ihn in seiner Rede im Kongress auseinandergesetzt hat. Die Resolution wird heute zur Debatte gestellt.

Amerika und Oesterreich-Ungarn.

New York, 3. Februar. (Zuspruch vom Vertreter des W. L. B.) Eine Meldung der Associated Press aus Washington besagt: Ob der Bruch mit Deutschland von einem ähnlichen Bruch mit Oesterreich-Ungarn begleitet sein werde, konnte man nicht mit Sicherheit erfahren. Da aber Oesterreich-Ungarn wohl Deutschlands Handlungsweise unterstützt, wird ein solcher Bruch erwartet, wenn er nicht schon erfolgt ist.

Die Weisungen für Botschafter Gerard

ordnen an, sowohl die Postkassette als auch alle Konsulate in Deutschland zu schließen. Alle Attaches der Botschaft, die Konsularagenten und ihr Personal sollen Deutschland verlassen. Das bedeutet einen vollständigen Abbruch der Beziehungen als sonst üblich ist.

Madrid meldet aus Paris, der Botschafter der Vereinigten Staaten, Sharp, erhielt von Washington die Weisung, alle Beziehungen zu Deutschland abzubrechen, d. h. die Arbeiten der Botschaft für die deutschen Zivilinternierten und Kriegsgefangenen einzustellen. Das Kablelegramm sagt nichts über die Oesterreicher und Türken. Der Botschafter hat dem amerikanischen Konsul in Bordeaux Weisung erteilt, diejenigen Amerikaner, die beabsichtigen, nach Amerika abzureisen, aufzufordern, bis auf weiteres Frankreich nicht zu verlassen. Auch an die übrigen Häfen wurde der gleiche Befehl verschickt.

Nach Amsterdamer Meldungen aus Washington werden Vorbereitungen für die Abreise sämtlicher deutschen Konsuln und Konsulatsbeamten in den Vereinigten Staaten getroffen, die sich dem Botschafter Grafen Bernstorff anschließen werden. Diese Reisegesellschaft werde über 300 Personen umfassen und wahrscheinlich den Weg über Kuba und Spanien nehmen.

„Kein Krieg, sofern nicht —“

Frankfurt a. M., 5. Februar. Die „Frankfurter Ztg.“ meldet aus New York vom 4. Februar: In den Kreisen der Kongressmitglieder herrscht die Ansicht vor, daß Wilson insofern seiner Haltung im Zufallsfall die Beziehungen zu Deutschland habe abbrechen müssen, daß aber der Eintritt der Feindseligkeiten nicht wahrscheinlich sei, sofern nicht ein unvorhergesehener Zwischenfall eintrete; auch werden bisher keine militärischen Vorbereitungen getroffen, außer den bereits gemeldeten Anträgen einer Anzahl Abgeordneter (die nicht für ihre Partei, sondern für sich vorgehen) eine 100-Millionen-Dollar-Anleihe für Kriegszwecke zu begeben, oder dem anderen Antrag, 2 Millionen Soldaten zu mobilisieren, oder ähnlichen Vorschlägen. Der Kongress als solcher hat bisher keinerlei derartige Schritte unternommen, noch nicht einmal einzelne Ausschüsse. Irigendwelche Kriegsstimmung ist nicht vorhanden, wenn auch viele amerikanische Flaggen hier zu sehen sind, gerade wie vor dem Ausbruch des spanisch-amerikanischen Krieges. Die Deutsch-Amerikaner verhalten sich sehr zurückhaltend.

London, 5. Februar. Reuter meldet aus Washington: Wilson hatte mit dem Kriegs- und dem Marinehaushaltssekretäre Besprechungen bezüglich der Mittel, die Gefangene dahin auszugestatten, daß die Regierung es ermöglicht wird, nötigenfalls von den Schiffswerkstätten, den Munitionswerkstätten und anderen Ausführeinrichtungen Besitz zu ergreifen.

New York, 3. Februar. Ein W. L. B.-Zuspruch meldet: Auf dem Capitol wirkte die Nachricht vom Entschluß Wilsons wie ein Donner Schlag. Ueberall wurde Zustimmung zur Regierung zum Ausdruck gebracht. Bekannte Persönlichkeiten, die gestern Abend mit Wilson sprachen, waren nicht überrascht, aber sehr bewegt. Vizepräsident Marshall sagte, es sei aufrichtig zu hoffen, daß dieser notwendige Bruch die Vereinigten Staaten nicht in den Krieg hineinziehen werde. Es gebe aber

Grenzen des Duldens,

über die keine Nation, die Selbstachtung besitze, hinausgehen könne. Die amerikanische Regierung könne die Nichtachtung aller Gesetze der Zivilisation durch eine Nation nicht ungeahndet lassen.

Amsterdam, 6. Februar. (Z. U.) Nach Meldungen aus New York arbeite auch jetzt noch Präsident Wilson kräftig auf Erhaltung des Friedens hin. Der allgemeine Aktionsplan werde in erster Linie von der Frage abhängen, ob der Präsident den Bruch mit Deutschland als einen speziellen Streit zwischen Amerika und Deutschland ansehe, oder als einen Schritt in der Richtung zu einem Anschluß an die Alliierten. Es lägen Anzeichen vor, daß Wilson dem ersten Standpunkte den Vorzug geben möchte. Nach Ansicht militärischer und maritimer Kreise wäre eine solche Taktik aber absolut undurchführbar. Das Verhalten der Regierung müsse von den Ereignissen abhängen.

Bryan gegen Krieg.

New York, 3. Februar. (W. L. B.-Zuspruch.) Bei einer von der amerikanischen Neutralitätskonferenz gestern Abend nach Madison Square Garden einberufenen Versammlung wurde Bryan von 5000 Personen lauter Verfall gepöbel, als er sagte, es sei die Pflicht Amerikas, dem Kriege fernzubleiben, wenn es nicht tatsächlich angegriffen werde. Bryan sagte: Keine Nation hat uns bisher herausgefordert und ich glaube, es ist nicht wahrscheinlich, daß es eine tun wird. Wenn aber einer in dem Augenblick der Erregung uns zum Kriege herausfordern sollte, so denke ich, wir sollten antworten: Nein! Bryan wurde nochmals Verfall gepöbel, als er sagte: Wenn irgend eine Nation auf dem Weg zum Frieden die Führung übernehmen muß, warum nicht die unsrige?

Der Krieg auf den Meeren.

Norwegische Schiffe irrtümlich versenkt.

Kristiania, 5. Februar. Die norwegischen Dampfer „Athene“ und „M“, von Norwik nach Hull mit Magneteisen unterwegs, wurden im Oktober 1916 versenkt. Das Ministerium des Reichens legte deshalb Verwahrung in Berlin ein. Die deutsche Regierung sprach nunmehr ihr Bedauern über den Vorfall aus und bot Schadenersatz an.

Der Dampfer „Gamma“.

Haug, 5. Februar. Das Korrespondenzbureau erzählt vom Ministerium des Reichens: Es liegt jetzt der Bericht vor, daß der Dampfer „Gamma“ zuerst beschossen und dann durch Bomben zum Sinken gebracht wurde.

Die deutsche Seesperre.

Haug, 5. Februar. Londoner Meldungen zufolge darf seit der deutschen Kriegsgeheimhaltung kein neutrales Schiff aus englischen Häfen ausfahren werden.

Stettin, 5. Februar. Die schwedischen Unterhändler sind heute vormittag aus London an Bord des Dampfers „Thule“ hier eingetroffen, der wahrscheinlich der einzige Dampfer ist, dessen Abfahrt die Engländer erlaubt haben. Botschafter Karlus Wallenberg erklärte einem Vertreter des Svenska Telegrambyran, er könne über das Ergebnis der Verhandlungen nichts mitteilen, auch nicht, ob die Verhandlungen beendet oder abgebrochen worden seien. Die Unterhändler sind sofort nach Stockholm weitergereist.

Ohne Warnung versenkt.

Kristiania, 6. Februar. Nach einem Telegramm an das Ministerium des Reichens wurde der Bergener Dampfer „Odin Barry“, nach Lissabon unterwegs, am 2. Februar, 4 Uhr, 20 Meilen nordwestlich Lissabon ohne Warnung versenkt. Ein Maschinist und ein Heizer, beide aus Bergen, wurden getötet.

Seesperre und Börsen.

London, 5. Februar. Die „Times“ vernehmen aus New York, daß die amerikanischen Schiffahrtswerte stark abschwächen. Die Prämie für die Seeverversicherung stieg um 5 Proz., so daß sie nunmehr nach England 15 Proz. und nach dem Mitteländischen Meer 15 bis 17 Proz. beträgt. Von allen Börsenplätzen der Welt werden starke Baissen und Steigen der Versicherungsprämien gemeldet. So wird aus Tokio berichtet, daß die Verschärfung des deutschen U-Boot-Krieges ein starkes Sinken aller Werte an der Börse verursachte. Die Anteile der Rippon-Hafen-Kaisha gingen um 27 Punkte herunter. In Japan herrscht die Meinung vor, daß die Regierung gegen den verschärften U-Boot-Krieg Deutschlands entsprechende Maßnahmen ergreifen werde.

Verenkt. Lloyd meldet, daß der englische Dampfer „Gustwood“ (1220 Tonnen) versenkt wurde. Drei Mann der Besatzung wurden getötet, zwei verwundet, die Ueberlebenden wurden gelandet. „Times“ meldet den englischen Dampfer „Matheran“ (7654 Brutto-Registertonnen) als verloren. Lloyd meldet, daß die russische Bark „Garnet Hill“ wahrscheinlich versenkt wurde. Der Rotterdammer Korrespondent des „Handelsblad“ berichtet, daß der Kapitan des Dampfers „Samarinda“ vom Rotterdammer Lloyd drahtlos meldet, er habe auf hoher See 179 Mann von verschiedenen versenkten Schiffen an Bord genommen, die er nach Vigo gebracht und dort gelandet habe. — Reuter meldet, daß der englische Dampfer „Floridian“ (6600 Tonnenn) versenkt wurde; die Besatzung von 16 Mann wurde gerettet. Lloyd meldet, daß der englische Segler „Belford“ (1905 Tonnenn) und der englische Dampfer „Warley Tideling“ (4198 Tonnenn) versenkt wurden. Die norwegische Bark „Tamara“ (543 Tonnenn) soll versenkt worden sein.

Lisza zur Verschärfung des U-Boot-Krieges.

Budapest, 5. Februar. Im Abgeordnetenhause führte Ministerpräsident Graf Lisza zur Verschärfung des Unterseebootkrieges u. a. aus:

Man habe es mit einer neuen Waffe zu tun, die eigentlich in diesem Kriege zum erstenmal verwendet werde. Man müsse daher die auf den Seekrieg bezüglichen allgemeinen Völkerrechtsregeln vorerst auch auf den Unterseebootkrieg anwenden mit Berücksichtigung der besonderen Natur dieser Waffe. Aktuell sei die Sache eigentlich erst in Fällen der Blockade geworden. Auf Tauchboote können nicht die gleichen Rechtsgrundlagen angewendet werden wie auf andere Seefahrzeuge, die eine Blockade durchführten, zumal die Feinde die Handelsdampfer beschützten und zu aggressivem Vorgehen ermunterten hätten. Die ganze Frage erheime

auch schon überholt durch die ungewöhnlich ausgedehnte Auslegung von Minenfeldern. Letztere Feinde sperren wichtige Handelsstraßen durch Minen ab, wodurch der gesamte neutrale Handelsverkehr aufs schwerste gefährdet würde. Wenn dies erlaubt sei, und die Neutralen hätten nicht Stellung dagegen genommen, warum sollten nicht gewisse Teile des Meeres auch durch Unterseeboote blockiert werden dürfen? Uebrigens hätten die Feinde diesen schärferen Unterseebootkrieg schon längst gegen uns angewendet. Unsere sämtlichen Handels- und Passagierdampfer, die feindlichen Unterseebooten zum Opfer fielen, seien ohne vorhergehende Warnung torpediert worden. Gegen unseren Standpunkt hätten lediglich die Vereinigten Staaten Einspruch erhoben. Jetzt gelte es die Verteidigung unseres angegriffenen Lebens mit Inanspruchnahme aller uns zur Verfügung stehenden berechtigten Mittel, zumal England vor Beginn unserer jüngsten maritimen Aktion Seegebiete von riesigem Umfang als Minenfelder erklärt habe, zum Schaden der gesamten neutralen Schifffahrt und schließlich nähmen wir jetzt Zuflucht zu dieser Waffe im Bewußtsein, daß der Zeitpunkt für ihre erfolgreiche Anwendung gekommen sei, die wir als eines der wirksamsten Mittel zur Erreichung des Friedens betrachten.

Der Minister erklärte zum Schluß: Wir stehen auch heute noch auf dem Standpunkt des vom Präsidenten Wilson vorgeschlagenen Friedens, der niemand in seinen Lebensbedingungen angreifen, niemand demütigen will, und geeignet ist, einem dauerhaften Frieden zur Grundlage zu dienen. Wir sind auch heute noch zu Verhandlungen bereit, sobald wir die Bürgschaft gewinnen, daß unsere Feinde zur Erreichung eines solchen Friedens zu verhandeln geneigt sind. Solange dies jedoch nicht der Fall ist, solange unsere Feinde uns nach dem Leben trachten, sind wir genötigt und entschlossen, zur Zurückweisung dieses unmenschlichen und verbrecherischen Anschlages uns aller berechtigten Mittel zu bedienen, die zur Gewährleistung des Erfolges geeignet sind.

Nach dem Grafen Lisza gaben Tsvomj und Andraiss Zustimmungserklärungen ab. Deutschland habe sich in der Erwartung, daß Amerika mitwirken werde, daß die Menschheit gegen die das internationale Recht verletzende Kriegführung Englands beschützt werde, getäuscht. So habe es seine Handlungsfreiheit zurückerlangt. Karolshi (Karoligruppe) führte aus, er könne den verischärften U-Boot-Krieg nicht in vollem Maße billigen, er würde es lebhaft bedauern, wenn es zwischen den Mittelmächten und Amerika zum Kriege käme, bekanntlich lebten mehr als zwei Millionen ungarische Staatsangehörige in Amerika, ihr Schicksal könnte sich im Falle eines Krieges kritisch gestalten. Er bedauere die Verschärfung des Krieges nicht bloß vom menschlichen Standpunkte, sondern auch vom wirtschaftlichen Gesichtspunkte aus. Stefan Kolodsky (Merikale Volkspartei) führte aus, auch er sei Pazifist, allein er billige in vollem Maße den U-Boot-Krieg, da er im Interesse der Behauptung unserer Existenz nicht vermieden werden könne. Wenn die Vereinigten Staaten den gleichen Maßstab gegenüber den Entente-Staaten und den Mittelmächten angewendet hätten, so hätte vielleicht diese Phase des Krieges vermieden werden können.

Ministerkonflikt in der französischen Kammer.

Bern, 5. Februar. Laut Pariser Blättern kam es in der vorgetrigen Kammer Sitzung noch zu weiteren Zwischenfällen. Der ehemalige Ackerbauminister David verlangte, daß die Ackerbauer der Jahresklassen 1890/91 sowie die Angehörigen der Territorialreserven, soweit sie Väter von fünf Kindern oder Witwen mit vier Kindern sind, für landwirtschaftliche Arbeiten zur Verfügung gestellt werden. Kriegsminister Hauthey erwiderte, die Regierung wolle das Gleichgewicht zwischen dem Frontbedarf und dem Wirtschaftsleben des Landes schaffen; dies sei tatsächlich ein dreinennendes Problem. Er erwäge augenblicklich das Problem der Zivilmobilisierung, aber dies müsse planmäßig in aufmerksamer Zusammenarbeit von Regierung, Heeresleitung und Parlamentsausschüssen geschehen und nicht durch Zusatzeinträge, die das Land vor die ernstesten Folgen stellen könnten. Durch Annahme des Antrags David würden 285 000 Mann dem Frontdienst entzogen werden, was unannehmbar sei. Er stelle nochmals die Vertriebsfrage. Darauf wurde der Antrag David abgelehnt.

Anschließend forderte der Abgeordnete Sixte Quenin, daß Geistliche, die seither nur den Sanitätsstruppen einbezogen werden, allen Formationen, also auch den Kampfstruppen, eingereiht werden könnten. Der Vorsitzende des Heeresauschusses Maginot lehnte den Antrag ab, da zurzeit ein ähnlicher Vorschlag bereits vom Heeresauschuss geprüft werde. Hauthey schloß sich der Forderung Maginots an, trotzdem nahm die Kammer den Antrag Quenin mit 387 gegen 159 Stimmen an.

Während der Abstimmung über den Antrag bemerkten einige Abgeordnete der Rechten, daß der Minister des Innern Maloh sich der Abstimmung enthielt. Sie mochten Hauthey darauf aufmerksam, daß seiner Empörung über das Verhalten Malohs laut Ausdruck gab. Infolgedessen kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Maloh, dem Unterstaatssekretär Dalimier und Hauthey, der sich plötzlich erhob und den Sitzungssaal verließ. Die ganze rechtsstehende Presse bespricht den Zwischenfall und greift die Sozialisten und die Mehrheit, die den Antrag Quenin annahm, an, wodurch die „heilige Einheit“ gebrochen sei. Die liberale Presse ist sehr erregt und erklärt, die Haltung Malohs und Dalimiers sei unerträglich.

Der Admiral des 1. Dezember.

Bern, 6. Februar. Yvoner Blättern zufolge ist Admiral Journet seines Amtes enthoben und in den Ruhestand versetzt worden.

Nun kann er den Sündenbock der Briand'schen Griechenspolitik in aller Ruhe leerfahren.

Die italienische Sehnsucht nach der Einheitsaktion.

Bern, 5. Februar. Mailänder Blättern zufolge besuchte General Ribelle dieser Tage die italienische Front und hatte Besprechungen mit Cadorna. Ribelle wollte gestern auf der Rückreise in Mailand. Die Blätter betonen die Bedeutung der direkten Führungsnahme der beiden Generale und glauben, daß die Zusammenkunft die Konferenz in Rom in militärischer Hinsicht wertvoll ergänzen würde.

Italien mit Griechenland zufrieden.

Rom, 6. Februar. Die offizielle Agentur „Information“ verbreitet die Nachricht, daß die Regierung die Ueberzeugung gewonnen habe, Bemzelos sei nicht so ungünstig zu beurteilen, wie das bisher von der Regierung geschehen sei. Ebenso sei die Regierung auch vom Verhalten des Königs Konstantin befriedigt und habe keinen Zweifel mehr in seine

fremdlichkeitsvollen Absichten gegenüber der Entente. Aus diesen Tatsachen dürfte man schließen, sagt die Agentur, daß sich innerhalb der italienischen Regierung ein bemerkenswerter Umschwung gegenüber Griechenland vorbereitet oder schon vollzogen habe.

Man brüdt seinem Opfer die Kehle zu, streckt es wehrlos hin und bewundert sein Stillverhalten.

Der Zar und die Polen.

Petersburg, 5. Februar. Der Petersburger Telegraphen-Agentur zufolge hat der Zar am 25. Januar angeordnet, daß zum Zwecke der Beratung der polnischen Fragen eine Sonderkommission unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten gebildet werden soll, dem die Minister des Krieges, des Innern, des Aeußeren und der Finanzen, der Generalstaabschef, die Präsidenten der Kammern und des Staatsrates und einige besonders genannte Persönlichkeiten angehören sollen, darunter der frühere Ministerpräsident Goremykin und der frühere Minister des Aeußeren und jetzige Votschafter in London Sfasonow.

Mit Goremykins Namen hat diese neueste Polenkommission ihren klaren Stempel. Denn dieser Helfer des zaristischen Systems hat schon einmal während des Weltkrieges durch eine Kommissionskomodie seinen Hohn mit den Wünschen der Polen getrieben.

Das amerikanische Einwanderungsgesetz angenommen.

Washington, 6. Februar. Reuter meldet: Der Senat hat das mit dem Veto des Präsidenten an den Kongreß eingeklagte Einwanderungsgesetz, das für die Einwanderer eine Lese- und Schreibprobe vorschreibt, mit 62 gegen 19 Stimmen angenommen. Die Debatte darüber war sehr lebhaft. Da das Repräsentantenhaus die Vorlage bereits angenommen hat, wird sie automatisch Gesetz.

Hinter den Kulissen der Weltkrieg-Diplomatie.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht in ihrem Besitz befindliches Schreiben des früheren Botschaftssekretärs von Indien, jetzigen Unterstaatssekretärs im englischen Auswärtigen Amt, Lord Hardinge, an den englischen Votschafter in Petersburg, Sir George Buchanan vom 21. Juli 1916, das ein Schlaglicht auf die Verhandlungen Englands wirft, die Entschuldigungen seiner Bundesgenossen in Angelegenheiten zu beeinflussen, bei denen ein souveräner Staat eine fremde Einmischung nicht zu dulden pflegt.

Stief-Stempel Foreign Office. Auswärtiges Amt Privat. 21. Juli 1916.

Mein lieber George!

Ihr privates Telegramm von heute morgen, das den Rücktritt Sfasonoffs meldet, ist entschieden betrübend. Es ist sehr mißlich, daß in diesem Augenblick ein Wechsel in Betracht gezogen wird, besonders während die Verhandlungen wegen des Eintritts Rumäniens in den Krieg im Fortschreiten sind und wahrscheinlich beständig ausgedehnt werden. Es ist erstaunlich, eine wie schlechte Rolle die russischen Reaktionen immer spielen. Ich bin froh, daß Sie Ihr Telegramm an den Zaren sandten, und hoffe, es möge eine Wirkung haben.

Sendendorff scheint jetzt sehr niedergedrückt zu sein wegen der Schwierigkeiten, die er in seinen finanziellen Arrangements mit Mc Kenna erfährt. Die wirkliche Cruz ist das Geld, das er von uns zu bekommen wünscht, um den Rubelkurs zu halten. Mc Kenna, wie alle Finanzleute, ist engberzig und pedantisch und behauptet, der Rubelkurs sei keine den Krieg berührende Frage. Seine Ansicht ist falsch und es ist möglich, daß wir intervenieren müssen, um ihn zu überzeugen, sofern sein Uebereinkommen erzielt wird.

Die Verhandlungen mit Rumänien scheinen befriedigend fortzuschreiten, aber ich werde von ihrem Erfolg nicht eher überzeugt sein, bis ich Rumäniens Kriegserklärung sehe; denn Bratianu ist der ausweichendste Mensch und ist es immer gewesen. Sogar jetzt verliert er sich herauszuwinden mit der Behauptung, unsere Offensive in Saloniki sei nicht alles, was er wünsche. Doch muß er einsehen, daß Rumänien nicht die enormen Länderstücke, nach denen es strebt, bekommen wird, sofern es nicht etwas dafür tut. Ich hoffe noch, daß alles gut gehen wird, innerhalb der nächsten Tage.

In Flandern geht alles gut. Wir haben eine Menge Menschen und Munition und nach allen Verichten erleiden die Deutschen sehr große Verluste. Unterdessen scheinen die russischen Befehlshaber ihren siegreichen Vormarsch fortzusetzen und ich hoffe nur, daß sie nicht in der nächsten Zeit mit der Munition knapp werden.

Stets Ihr gez. Hardinge of P.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ bemerkt zu dem Schreiben:

Aus dem letzten Absatz des Schreibens sieht man, wie groß die Hoffnungen gewesen sind, die England auf die Offensive an der Somme und auf die Brusselowsche Offensive im vorigen Jahr vergeblich gesetzt hatte. Die Stelle in dem Schreiben: „Rumänien muß einsehen, daß es nicht die enormen Länderstücke, nach denen es strebt, bekommen wird, wenn es nicht etwas dafür tut“, vergleiche man mit der Erklärung des englischen Premierministers im Unterhaus am 11. Oktober 1916: Belgien, Serbien — und jetzt Rumänien, dessen König und Volk, nichtachtend tausend Leutungen zu einer kleinlichen und selbstlächtigen Neutralität, ließ sich unserer Sache an und vergießt sein bestes Blut für die Sache der bedrohten Unabhängigkeit der kleinen Nationalitäten.“

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ hat damit auf ein ganz gutes Beispiel zur Kennzeichnung des Doppelspiels, das die Diplomaten betriebläßig treiben darf, verwiesen. Diplomaten müssen in zwei Jungen reden und sich in zwei Welten bewegen können. Vor den Kulissen, wo die breite Öffentlichkeit mit Ausschließen zu versorgen ist, haben sie sich bei Bedarf anders zu geben als hinter den Kulissen, wo der Realpolitiker schon eher ein Recht und unter Umständen, wie der Brief Hardinges zeigt, die Pflicht hat, offen zu sprechen. Auch der von der „Nordd. Allg. Ztg.“ vorgeschützte Fall der Zweijährigkeit erinnert an das weitbekannte Wort Talchrandes, des Weisters vom diplomatischen Handwerk: „Worte sind dazu da, die Gedanken zu verbergen.“ In so gewaltsam handelnden Zeiten wie den jetzigen verweigert man sie zu diesem Zweck in absoluter Strupellofigkeit zu Phrasen und Lügen. In England gehört das zum Cont.

Politische Uebersicht.

Dreiklassenwahlrecht und Schützengraben.

Ueber den Wahlrechtsvorschlag des Professors Meinede ist eine Polemik zwischen dem „B. L.“ und der „Deutschen Tageszeitung“ entbrannt. Das „B. L.“ hatte gemeint, daß eine Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts und seine Ersetzung durch das Reichstagswahlrecht von der erdrückenden Mehrheit der Leute an der Front mit Jubel begrüßt werden würde. Aber die „Deutsche Tageszeitung“, welche die Stimmung an der Front einigermaßen zu kennen glaubt, belehrt uns eines Besseren: „Wir möchten sogar annehmen, daß die erdrückende Mehrheit der im Felde Stehenden derartige Änderungen während der Kriegszeit als eine sehr ungerechte Verkürzung ihrer staatsbürgerlichen Rechte ansehen würde.“

Danach muß die „erdrückende Mehrheit“ der im Felde stehenden Preußen aus Wählern der ersten und zweiten Klasse bestehen. Zwar machen diese nach der Statistik noch keine 12 Prozent der Gesamtwahlerschaft aus, aber an der Front bilden sie offenbar die „erdrückende Mehrheit“. Wie diese dünne Schicht es allerdings fertig bekommt, aus ihren Reihen Millionenheere aufzustellen, ist ein Geheimnis der „Deutschen Tageszeitung“, aber sie wird uns das ohne Zweifel in ihrer nächsten Nummer erklären.

Hierzu abgesehen, hat die „Deutsche Tageszeitung“ natürlich die Stimmung der Massen im Felde viel richtiger erkannt als das „B. L.“. Die Leute, die mit ihrem Blute die Ehre des Landes verteidigt und gegen eine erdrückende Uebermacht getretet haben, brennen natürlich nur darauf, daß ihnen durch Einberufung in die dritte Wählerklasse kein neues ihre Minderwertigkeit für den Staat dargetan werde; es bereitet ihnen geradezu Vergnügen, wenn ihnen durch die Wählerliste bewiesen wird, daß sie recht ungeschickte Dummköpfe waren gegenüber jenen, die zu Hause blieben, Kriegsgewinne machten und dafür nun in der ersten Klasse wählen dürfen. Sie werden es als Gipfel der Gerechtigkeit befehlen, wenn ein Kriegsinvalide, der beide Beine verloren hat, am Schluffe der dritten Wählerklasse unter den berühmten Sechs-Mark-Männern mitgeschleppt wird und mit seinem „fiktiven Steuerfuß“ auch nicht ein Gros Einfluss darauf ausübt, daß sein zu Hause gebliebener Nachbar, der die Vorhute befehlt, Gänse zu zehn Mark das Pfund zu verkaufen, als Wähler erster Klasse hundertfünfzig Kriegsteilnehmer niederstimmt. Sie werden es als ganz besondere Ehrung betrachten, wenn ihnen vom Wählstisch erklärt wird: „Ihr wart zwar gut genug, das Land zu verteidigen, Ihr wart zwar gut genug, Euer Blut zu vergießen, hundert Gefahren zu ertragen, bei Sturm, Regen und Kälte während dreier Jahre in nassen Köchern zu hauen, alle Leiden, alle Entbehrungen, alle Qualen des Feldzugsdaseins auf Euch zu nehmen, aber dafür habt Ihr jetzt auch den Mund zu halten, dafür wählt Ihr jetzt in der dritten Klasse, denn Ihr seid minderwertige Elemente gegenüber denen, die ein größeres Vorkommene haben und mehr Steuern zahlen.“ Na, der Gedanke, daß auch nach dem Kriege der Geldsack in Preußen allmächtig sein wird, wird hellen Jubel in den Schützengräben auslösen. Ganz sicher!

Zur Frage der Lieferungsverträge.

Und wird berichtet: Der Verband der Preussischen Landkreise hatte seine Mitglieder auf Montag, den 5. Februar, zu einer Besprechung der wichtigen Frage der Lieferungsverträge zwischen Bedarfszentren und Uebersehungsgebieten eingeladen. Der Präsident des Kriegs-Ernährungsamtes, Excellenz v. Batocki, der Vorsitzende der Reichs-Getreidestelle Excellenz Michaelis und andere in der Kriegsernährung leitend tätige Beamte waren anwesend. Die Frage der Lieferungsverträge wurde eingehend erörtert und es wurde insbesondere für Gemüse in den Lieferungsverträgen ein geeignetes Mittel zur besseren Verlorung der Bedarfszentren erkannt. Die Erörterung gab ferner Anlaß, die Ernährungsfragen im allgemeinen zum Gegenstande der Besprechung zu machen, in deren Verlauf Herr v. Batocki und Unterstaatssekretär Michaelis der Versammlung Ausschüsse gaben, die die ernsteste Beachtung der Teilnehmer fanden.

Keine frühere Einberufung des Reichstages. In politischen Kreisen war dieser Tage das Gerücht verbreitet, daß der Reichstag, oder doch zum mindesten der Handelskammerausschuß anlässlich des Konflikts mit Amerika schon in den nächsten Tagen erneut zusammenzutreten würde. Wie das „B. L.“ erzählt, besteht die Absicht, den Reichstag einzuberufen, auf keiner Seite. In der letzten Sitzung des Ausschusses seien alle Eventualitäten, mit denen man bei der Entscheidung über den uneingeschränkten U-Boot-Krieg rechnen mußte, in aller Ausführlichkeit besprochen worden. An eine Einberufung des Parlaments vor dem in Aussicht genommenen 22. Februar denke man weder in Reichstags- noch in Regierungskreisen.

Thüringisches Kriegsernährungsamt. Für die acht thüringischen Staaten ist ein Ernährungsamt der thüringischen Staaten mit dem Sitz in Weimar errichtet worden.

Elbe-Ober-Donau-Kanal. In Dresden wurde am Dienstag ein Elbe-Ober-Donau-Kanalverein gegründet. Es waren vertreten die sächsische Regierung, die Senate von Hamburg und Albed, sächsische mittel- und norddeutsche Handelskammern, der deutsch-österreichisch-ungarische Wirtschaftsverein und andere Korporationen.

Eine neue österreichisch-ungarische Generalmusterung der Gebirgsjäger 1873-1891 wird in Oesterreich-Ungarn im März stattfinden. Die in Deutschland lebenden Oesterreicher und Ungarn dürfen einige Wochen darauf gemustert werden. Die Befehlsbefehle der A. u. H. Konsulate über Reibung und Rüstung sind noch nicht erschienen.

Letzte Nachrichten.

Das Einheitsbrot.

1000 Gramm — 80 Pfennig!

Der Eisenberauschuß der Groß-Berliner Volksgemeinschaft beschäftigte sich gestern abends mit der Festsetzung des Preises für das künftige Großgebäck. Es wurde beschlossen, daß der Preis für 1000 Gramm Weizenbrot 80 Pf., für 1000 Gramm 42 Pf. betragen soll. Dieser Preis löst die bisherigen Preise für Roggenbrot und Schrippen durch einen Durchschnittspreis ab.

Die Festsetzung des neuen Preises für das Weizenbrot, der Bestimmungen über das Buchenbrotverbot und der Uebergangsbestimmungen wird in Kürze erfolgen.

Die nächste Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses.

Berlin, 6. Februar. Die nächste Sitzung des Abgeordnetenhauses findet am Dienstag, den 13. Februar, nachmittags 2 Uhr, statt. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Staatshaushaltsgesetzes, darunter Ministerium des Innern und kleinere Vorlagen.

Fliegerfertigkeit.

Berlin, 6. Februar. (B. L. N.) Deutsche Bombengeschwader belegen in der Nacht vom 1. zum 5. Februar die Bahnlinie von Albert, Wien und Aveluy (nördlich Albert) mit 1350 Kilogramm, die Truppenlager und Bahnverladebelle bei Brau mit 250 Kilogramm Bomben. Zahlreiche Treffer im Ziel wurden beobachtet. In derselben Nacht griffen feindliche Flieger ohne Erfolg Gaiscarb, Buisy und Rossan an. Den Flugplatz Douai betraf ein feindliches Geschwader mit 20 Bomben, ohne jedoch irgendwelchen Schaden zu verursachen. — Nach dem französischen Oberesbericht vom 5. Februar nachmittags sollen französische Flieger in der Nacht vom 2./3. und 4./5. den Flugplatz Calmar mit Bomben betreffen haben. Davon ist in der Colmarer Gegend nichts bekannt. Man hat dort die französischen Flieger weder gesehen noch gehört, noch irgendwelche Bombeneinschläge gefunden.

Im Luftkampf schossen wir am 5. bei Croisne einen Ricard ab; zwei weitere feindliche Flugzeuge wurden nördlich Arras, ein viertes nördlich der Somme als abgeschossen gemeldet. Das fünfte, ein Harman-Doppeldecker, wurde auf dem westlichen Kriegsschauplatz bei Baglia nördlich Monastir durch einen unserer Jagdflugzeuge brennend zum Absturz gebracht.

Deutsche Dampfer beschlagnahmt.

Washington, 6. Februar. Reutermeldung. Nach einem Telegramm aus Manila wurden in Cuba drei deutsche Dampfer, darunter die „Prinzessin Alice“, und in Zamboanga ebenfalls drei deutsche Dampfer beschlagnahmt. Die Beschlagnahme wurde von Marineoffizieren auf Ersuchen der Zollbehörden vorgenommen.

Alle Maschinen der deutschen Dampfer in New York zerstört.

London, 6. Februar. „Central News“ meldet aus New York, daß die Regierung die drahtlose Station in Luderton in New Jersey beschlagnahmt hat. Amerikanische Matrosen besetzen die Station. — Die Maschinen von allen 29 Dampfern, die im Hafen von New York liegen, sind zerstört worden. Der Schaden beträgt 300000 Dollar.

Wegen Bannware?

Rotterdam, 6. Februar. Dem Dampfer „Kijndam“ der Holland-Amerika-Linie, der von New York nach Rotterdam unterwegs war, ist drahtlos die Nachricht eingetroffen, daß er die Reise abgebrochen hat und nach New York zurückgekehrt ist.

Die Maßnahmen gegen die deutschen Schiffe im New Yorker Hafen.

London, 6. Februar. Reuter meldet aus New York, daß die Ueberführung der Besatzungen der im New Yorker Hafen liegenden deutschen und österreichischen Schiffe nach der Einwanderungsstation auf Ellis-Insel begonnen hat. Die Besatzung der Kronprinzessin Cecilie wurde auf eigenes Ansuchen an Bord anderer deutscher Schiffe gebracht.

Der „Houfatonik“ Fall und die Kriegfrage.

London, 6. Februar. Der New Yorker Korrespondent des „Daily Telegraph“ meldet, man habe im Weissen Hause in den verschiedenen Departements und im Kongreß große Erleichterung gefühlt, als sich herausstellte, daß die Verschulung des Dampfers „Houfatonik“ keine Zeit war, die notwendig den Krieg bedeuten müsse. Im Kabinett herrschte wenig Optimismus darüber, daß Wilsons Aufforderung an die Neutralen, dem Beispiel Americas zu folgen, Erfolg haben werde. Man glaube allgemein, daß die Regierung Wilsons, wenn es zum Krieg kommen sollte, eine hauptsächlich passive Haltung einnehmen und sich darauf beschränken werde, die Produktion der Munitionsfabriken für die Truppen und Flotten der Entente auszu dehnen und Großbritannien, Frankreich, Rußland und Italien die nötigen Gelder zu verschaffen, um den Krieg gegen Deutschland fortsetzen zu können.

Amsterdam, 6. Februar. Der Washingtoner Korrespondent der „Times“ meldet: Dadurch, daß der Dampfer „Houfatonik“, ehe er versenkt wurde, gewarnt und die Besatzung human behandelt worden ist, ist die sofortige Gefahr eines Krieges offenbar abgewendet, da der Vorkall in Washington nicht als eine Tat ausgelegt wird, die im Widerspruch zu Deutschlands Versprechungen steht. Trübsinn bleibt die Lage sehr gespannt. Außerdem wird der uneingeschränkte U-Boot-Krieg erst beginnen. Inzwischen weisen verschiedene Anzeichen darauf hin, daß der Präsident in seinem Auftreten gegen Deutschland äußerst umsichtig zu Werke gehen wird.

Schwedische Schiffgesellschaften stellen den Verkehr ein.

Köpen, 6. Februar. Aus Stockholm wird gemeldet, daß die Schiffahrtsgesellschafts Soca den Schiffverkehr eingestellt hat, und zwar nicht nur den auf der Nordsee, sondern auch nach Amerika. Die Gesellschaft Soca hat den Verkehr mit den Niederlanden ebenfalls eingestellt. (Ziff. Ztg.)

„Jedenfalls ist ihre Neutralität zu Ende!“

London, 5. Februar. „Evening Standard“ fügt aus: Es die Vereinigten Staaten zu aktiven Feindseligkeiten gegen Deutschland schreiten werden oder nicht, jedenfalls ist ihre Neutralität zu Ende und die Entscheidung, durch welche sie am Sonnabend beendet wurde, muß als eine der folgenschwersten Ereignisse der ganzen Geschichte ihren Platz finden.

Nachwirkung der französischen Musterungsdebatte.

Paris, 6. Februar. Pariser Blätter melden, daß David infolge der Ablehnung eines Japantrages in der Kammer, betreffend Entlassung der Aderbourn der Jahreklassen 60/61 seinen Rücktritt als Generalkontrollleur für die landwirtschaftlichen Arbeiterfragen einreichte. Das Gesuch wurde von Clementel genehmigt.

Der Attentatsversuch gegen Lloyd George.

London, 6. Februar. Reutermeldung. Es wurde beschlossen, gegen die drei Frauen und den Mann, die beschuldigt werden, einen Anschlag gegen den Premierminister und Vizekönig geplant zu haben, das Hauptverfahren zu eröffnen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Teuerungszulage der Eisenkonstruktionsarbeiter. Vor kurzem hatten die in den Eisenkonstruktionsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen den Unternehmern folgende Forderungen eingereicht: Erhöhung der Teuerungszulage für Handhaltungsvorfälle von 10 Pf. auf 30 Pf., für die übrigen Arbeiter von 10 Pf. auf 25 Pf. mit der Maßgabe, daß diese Zulagen auch den neuereinstellenden Arbeitern und Arbeiterinnen gezahlt werden und der Mindeststundenverdienst außer der Teuerungszulage für Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter 50 Pf., für erwachsene ungelernete Arbeiter 65 Pf., für gelernte Arbeiter 80 Pf. betragen soll.

Die Kommission der Arbeiter hat mit der Vertretung der Unternehmer verhandelt und nach Ueberwindung mancher Hindernisse durch die Unternehmer folgende Zugeständnisse erzielt:

Mit der in der Zeit vom 29. Januar bis 8. Februar beginnenden Lohnwoche erhöht sich die bisherige Teuerungszulage für die Handhaltungsvorfälle von 10 auf 30 Pf., für alle übrigen Beschäftigten von 10 auf 20 Pf. pro Stunde. Die Teuerungszulage wird allen Beschäftigten, auch den neuereinstellenden, gewährt. Als Mindeststundenverdienst einschließlich aller in einem Betriebe gewährten Teuerungszulagen wird festgesetzt: für jugendliche ungelernete Arbeiter unter 17 Jahren sowie für Arbeiterinnen 60 Pfennig, für ungelernete Arbeiter über 17 Jahre 75 Pf., für gelernte Arbeiter 90 Pf. pro Stunde. Jugendliche ungelernete Arbeiter, die das 17. Lebensjahr vollenden, haben erst mit Beginn der neuen Lohnwoche nach Vollendung des 17. Lebensjahres Anspruch auf den erhöhten Mindestverdienst.

Diese Vereinbarung gilt für folgende Betriebe: Wreht u. Co., Wrag u. Versleit, Teilerlagergemeinschaft (Deilschau), Drudenmüller, Woffen, Fein, Lehmann u. Co., Hirsch, Vereinte Kammerische und Vetter u. Schneebogelwerke, Steffens u. Kölle, Tönnies u. Co., mit der Maßgabe, daß bei der Firma Fein, Lehmann u. Co. die in der Abteilung Signalbau Beschäftigten nicht in Frage kommen. — Ferner wird bei der Firma Vereinte Kammerische und Vetter u. Schneebogelwerke die erhöhte Teuerungszulage nur denjenigen Beschäftigten gewährt, welche derzeit die erste und zweite Teuerungszulage erhalten haben.

In der am Sonntag abgehaltenen Versammlung der Eisenkonstruktionsarbeiter und Arbeiterinnen legte die Kommission diese Abmachungen vor und empfahl deren Annahme, weil, obgleich das Verhandlungsergebnis den Wünschen der Arbeiter nicht entspricht, kurzzeit nicht mehr erlangt werden könne.

Nach einer regen Aussprache stimmte die Versammlung der vorstehenden Vereinbarung zu.

Ueber die Teuerungszulagen in der Portefeulie- und Reiseartikelbranche

Winnbild, in einer Versammlung der in der Branche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Im Dezember hat der Vertreter des Verbandes bei einer Besprechung mit Vertretern der Unternehmer die Forderung einer neuen Teuerungszulage angebracht. Die Fabrikanten beschäftigten sich dann in einer ihrer Zusammenkünfte mit dieser Frage. Sie beschloßen, ohne Verhandlung mit den Vertretern der Arbeiter eine neue Teuerungszulage in den in Frage kommenden Orten zu gewähren.

Am 29. Januar waren nun die Vertreter der Organisation mit denen des Berliner Fabrikantenvereins zusammen. Die Fabrikanten gaben nunmehr auf Antrag der Arbeitervertreter für Berlin die Erklärung ab, daß auf den verdienten Lohn, der schon die frühere Zulage einschließt, die neue Zulage von 10 Prozent aufgeschlagen wird, und zwar für jeden Arbeiter und jede Arbeiterin, ganz gleich, ob die Beschäftigung in Lohn oder Akkord stattfindet und ob sie in der Werkstatt arbeitet oder in der Heimindustrie oder beim Zwischenmeister beschäftigt wird. Auch will der Fabrikantenverein, ohne daß die neue Regelung eine tarifliche Einräumung wäre, darauf dringen, daß keine Klage darüber erhoben, auch bezüglich der Heimarbeiter und der Hilfskräfte der Zwischenmeister. — Nach dem Zugeständnis rechnete die neue Zulage ab 1. Januar. Es ist jetzt Pflicht jedes Kollegen und jeder Kollegin, darauf zu achten, daß die Zahlung ordnungsmäßig erfolgt. Wo es nicht geschieht, ist es der Ortsverwaltung zu melden, die dann das weitere veranlaßt.

Winnbild konnte noch mitteilen, daß infolge einer Verhandlung, an der er und Blum als Vertreter des Verbandes, sowie der Offenbacher Oberbürgermeister Dullo und Reichstagsabgeordneter Ulrich beteiligt waren, 300.000 Fuß in Betracht kommendes Leder allein für die Lederwarenindustrie hergestellt und bereitgestellt werden wird. Außerdem eine Anzahl letzter Leder, die für militärische Zwecke nicht brauchbar sind.

Bezüglich des Hilfsdienstgesetzes besteht für die Lederwarenindustrie noch keine Klarheit. Es wird aber vermutet, daß mit dem 15. April eine Anzahl Lederwarenbetriebe geschlossen, beziehungsweise zusammengelegt werden.

Rusland.

Die Streiks in England.

Die Londoner Labour Gazette veröffentlicht eine Jahresübersicht über die Arbeiterzustände. Im Jahre 1915 brachen 706 Streiks aus, worin 122.571 Arbeiter verwickelt waren und die zusammen 3.008.134 Arbeitstage kosteten. An erster Stelle stehen 79 Ausfälle in Kohlengruben, an denen 297.801 Arbeiter beteiligt waren und wodurch 1.610.890 Tage verloren gingen. Im Jahre 1916 waren die Ziffern etwas günstiger. Es fanden 525 Ausfälle statt, woran 263.878 Arbeiter sich beteiligten und 2.381.900 Arbeitstage verloren gingen.

Am meisten hatten in den letzten Jahren die Textilfabriken unter der Ausfallsbewegung zu leiden. In den Textilfabriken fanden 58 Streiks statt, an denen sich 57.372 Arbeiter beteiligten und 1.156.900 Arbeitstage verloren gingen. Die größte Ausdehnung hatte der Ausfall in den Zuteilfabriken in Dundee vom 24. März bis zum 8. Juni. Die Arbeiter hatten eine Lohnsteigerung von 15 Proz. gefordert, nahmen aber am 8. Juli die Arbeit unter den alten Bedingungen wieder auf.

Aus der Partei.

Die Schicksalsstunde der Partei.

Die Bezirkskommission für das westliche Bistum nahm am 4. Februar folgende Entschließung einstimmig an:

Die Bezirkskommission der sozialdemokratischen Partei für den Wahlkreis des westlichen Bistums erklärt sich mit dem Beschluß des Parteivorstandes und dem Aufsatze des Parteivorstandes als berechtigte Verteidigungsmassnahme einverstanden. Diese folgenschweren Brüche der Parteiinfinzen sind die Frucht der Tätigkeit eines Teiles der Wunderteile, die bewußt auf Spaltung der Partei seit über Jahresfrist hinarbeiten, und der Beschlässe der Reichstagskonferenz der Opposition vom 7. Januar 1917, wodurch die organisatorische Einheit der Partei gelockert worden ist. Die Bezirkskommissionen Mitglieder als Leiter der Kreisorganisationen erklären, treu und unverwundlich zur Partei und der Politik vom 4. August 1914 zu stehen; sie werden ihre ganze Kraft einlegen, um die Einheit der Organisation weiter zu wahren.

In einer Konferenz der Vertrauensleute des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Dortmund-Hörde am 4. Februar wurde Stellung genommen zu den Beschlässen des Parteivorstandes. Nach ausgiebiger Aussprache wurde folgende

Entschließung in namentlicher Abstimmung bei 1 Enthaltung und 3 Gegenstimmen mit 68 Stimmen angenommen:

Die Funktionäre des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Dortmund-Hörde stellen sich nach wie vor auf den politischen Standpunkt der durch die Reichstagsfraktion vertretenen Parteimehrheit. Sie bedauern, daß die Wunderteilegruppen so weit getrieben haben, daß die Spaltung der Partei unausbleiblich wurde. Sie sehen in dem Beschluß des Parteivorstandes vom 18. Januar eine Maßnahme der Selbstbehauptung, die geeignet ist, der weiteren Zerrüttung der Partei vorzubeugen, die notwendige Mäßigung zu schaffen und die Zukunft der sozialistischen Demokratie sicherzustellen.

Die Funktionäre erklären, in dieser Schicksalsstunde mit aller Entschiedenheit für die Durchführung dieser Beschlüsse und für die Erhaltung der einheitlichen sozialdemokratischen Front im Kreise wirken zu wollen und auch fernerhin für die Erhaltung der Partei und die Verbreitung der „Arbeiter-Zeitung“ tätig zu sein.

Zwei der Genossen, die gegen die Entschließung stimmten, erklärten, an der Parteieinheit nicht rütteln zu wollen. Unter den fünf Gegenstimmen ist übrigens auch die des Abgeordneten des Kreises, des Gen. Dr. Erdmann.

Snowden siegt über den „preussischen“ Militarismus.

Der bekannte pazifistische Sozialist Philip Snowden hielt jüngst in Huddersfield eine Versammlung ab, welche Soldaten zu ihren Verächtern. Der Hauptantritt erfolgte aus dem Hintergrund auf die Krise. Snowden konnte sich aber mit seiner Frau an einen sicheren Platz retten und seine Anhänger bedrängte ihn mit Erfolg. Die Soldaten wurden vollständig überwältigt und kurzerhand hinausgeworfen. Fast zur selben Zeit wurde ein Angriff von dem Haupteingang vertrieben, aber auch hier gelang den Pazifisten ein erfolgreicher Kampf gegen die Kriegsenthusiasten. Ein Anzahl von Soldaten wurde die Treppe hinuntergeworfen. Nach Wiederherstellung der Ruhe beglückwünschte Snowden die Versammlung, einen glänzenden Sieg über den „preussischen“ Militarismus englischer Soldaten erfochten zu haben. Auch sonst zeigten sich die Pazifisten recht kampftüchtig und viele stiegen sogar an wenig angriffslustig. Die Vertreter der Presse waren lebhaften Beifallungen ausgesetzt und dankten es nur der gütigen Fürsprache Snowdens, daß sie unbedrängt das Freie gewinnen konnten.

Zur selben Zeit richtete in einer anderen Versammlung der ehemals überparteiliche, jetzt nationalistische Hyndman heftige Angriffe auf Snowden, dem er Verrat an der englischen Sache vorwarf und den er für unfähig zur Bekleidung eines öffentlichen Amtes in Großbritannien erklärte.

Zum Beschluß der Bezirksleitung für den Niederrhein übersendet und Genosse Haberland folgende Erklärung:

Die Bezirksleitung der Partei für den Niederrhein hat einen Beschluß gegen meine Ausführungen in der Sitzung des Parteiaussschusses am 18. Januar 1917 veröffentlicht, durch den der Ansehen erweist wird, als ob ich den Parteiaussschuss unwahrhaftig über die Verhältnisse im Bezirk unterrichtet hätte.

In Wirklichkeit richtet sich der Beschluß nur gegen die mangelhafte Wiedergabe meiner Ausführungen durch den Bericht in der Parteipresse.

Meine Äußerung im Parteiaussschuss, daß die Trennung der Partei tatsächlich vollzogen sei, bezog sich in erster Linie auf die Reichskonferenz der Opposition, nicht auf die speziellen Verhältnisse am Niederrhein. Ich sagte weiter, die Opposition predige zwar den Willen zur Parteieinheit, handele aber praktisch dagegen. Dafür führte ich als Beispiel das Verhalten oppositioneller Kreisleitungen am Niederrhein an, von denen die Wehrheitsanhänger ausgeklübelt und die Schriften des Parteivorstandes, wie Broschüren, Parteikorrespondenz usw. systematisch unterdrückt würden. Auch würden in einzelnen Kreisen Sonderbeiträge für die Arbeitsgemeinschaft, wie auch für die Spartakusgruppe gesammelt. Ich leitete als Bezirksleiter ab, daß ich die Partei in zwei geschäftlichen Fragen, von einem Teil der Kreise vollständig ausgeklübelt, obwohl ich bis zum Ausbruch der jetzigen Streitfragen den ganzen Bezirk hinter mir gehabt hätte. Daran anschließend schilderte ich wahrheitsgemäß die Wehrheits- und Wunderteileverhältnisse im Bezirk und betonte sinngemäß, daß ich glaube, für die Aufrechterhaltung der Einheit der Parteiorganisation, die auf dem Wehrheitsprinzip beruhe, würden sich mit mir auch noch Anhänger der Wunderteile in der Resolution über-Sindermann stimmen können.

Diese Ausführungen habe ich vor der Bezirksleitung bei der Berichterstattung wiederholt. Damit hätte bei gutem Willen die Sache erledigt sein können.

Da ich im Parteiaussschuss nur Tatsachen berichtet habe, ist es natürlich sinnlos, wenn der Beschluß meine Ausführungen als gegen die Parteieinheit verstoßend bezeichnet und bebauert. Willkürlich ist der Beschluß der Bezirksleitung mit knapp drei Fünfteln Mehrheit gefaßt worden. Zur Wehrheit gehörten natürlich die Kreisleitungen, gegen die sich meine Ausführungen richteten.

Vorbeugend bemerke ich, daß ich mich auf eine weitere Polemik nicht einlassen werde.

Nazi Haberland.

Leipziger Arbeiter. Der sozialdemokratische Verein für den Leipziger Reichstagswahlkreis hat am Sonntag seine Versammlung, von der wir bereits berichteten, zu Ende gebracht und sich gegen fünf Stimmen auf dem Boden der Opposition gestellt. Ferner wurde eine Resolution angenommen, welche gegen die Aufstellung eines Parteikandidaten im Wahlkreis Spandau-Dönhaveland gegen den Spartakuslandkandidaten Meisinger „schärfsten Protest“ einlegt. Die Resolution operiert mit der inhumanen Unterstellung, daß die Partei versuche, „mit Hilfe der Gelben das Mandat zu ergattern“. Wie unsere Leser aus mehrfachen Notizen wissen, haben die Gelben eine eigene Kandidatur in der Person des Herrn Fortenbacher aufgestellt und erklärt, unter allen Umständen an dieser festhalten zu wollen. Aber selbst wenn die Gelben zufällig keine eigene Kandidatur aufstellten, so bliebe die Leipziger Verleumdung gleich infam, denn selbstverständlich lehnt es jede sozialdemokratische Organisation, gleichviel unter welchen Umständen, auf das entschiedenste ab, mit den Gelben bei Wahlen auch nur in die leiseste Verbindung zu treten. Im übrigen fragen wir: Was gibt der Opposition überhaupt Anlaß zur Entstellung gegen die Kandidatur Stahl. Die Spartakusleute haben ja selber erklärt, überall den Kandidaten der sozialdemokratischen Partei eigene Kandidaten entgegenstellen zu wollen. Sie werden nur nach ihren eigenen Grundfahnen behandelt und mühten damit doch im Gegenteil sehr zuzureichen sein.

Von dem Geiste der Leipziger Versammlung gibt auch folgendes Beispiel Kunde. In der Diskussion anzuhören eine „Genossin“ Thiele: „Wenn die Fraktionsmehrheit sagt: das Vaterland ist in Gefahr, so fragt man sich: warum verteidigen denn diese Leute das Vaterland nicht? Warum haben diese Leute nicht die Hände auf dem Buckel genommen? Der Bericht der Leipziger Volkszeitung“ bezeichnet hiermit „schärfsten Protest“. Aber Ludwig Franz war noch Ansicht der Beifallsstürmer ein „Berührer“, eben weil er bei Hinte auf den Buckel genommen und dem Gelbenstod gefunden hat. Hätte einer in der Leipziger Versammlung diesen Reuländer Anwurf wiederholt, so würde er natürlich auch schärfsten Protest gefunden haben.

Zwei bekannte österreichische Parteigenossen, Edward Della Torre und Dr. Anselm Wokler sind gestorben, der erstere, ein alter Wiener, 73 Jahre, der letztere ein Östrier, nur 45 Jahre alt. Della Torre war einer der beliebtesten Vortragenden im Wiener parteigenösslichen Bildungswesen, Wokler war schon als Student sehr tätig und wurde am einmal beim Schriftstellerskongress nach Jugland verhaftet und lange dort festgehalten. Er war in den Stürmen der neunziger Jahre wegen einer sozialistischen Demonstration von der Wiener Universität reglementiert worden.

Aus Industrie und Handel.

Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

Die Fabrik für Blechenballage O. F. Schaefer Nachf. A. L. & Co. verzeichnet bei den 150.000 auf 48.880 M. verringerten Abschreibungen einen Reingewinn von 100.000 M. gegen 192.518 M. im Vorjahr. Daraus wird eine Dividende von 10 Prozent (5) in Vorschlag gebracht und ein Antrag von 76.182 M. (50.000) auf neue Rechnung vorgetragen werden. Die Gesellschaft ist mit Ausfällen für die nächsten Monate gut versehen. Die Abschreibungen konnten verringert werden, weil die Beteiligung an der inwärtigen aufgelassenen Metallwarenfabrik B. Quaschnig im Vorjahr um 120.000 M. auf eine Mark heruntergefahren worden ist. In der Bilanz erscheinen unter anderem Grundstücke mit 700.000 M., Gebäude mit 300.000 M., Maschinen, Werkzeuge, Lithographien, Utensilien, Pferde und Wagen, Patente und Gebrauchsmuster usw. mit je 1 M. (wie i. R.), Vorräte mit 48.617 M. (60.041), Bankguthaben mit 151.924 M. (251.487), Effekten mit 301.325 M. (305.025), Debitoren mit 176.823 M. (215.724). Die Schuldenposten sind von 1 Million Mark auf 800.000 M. zurückgegangen. Der Reinertrag erscheint unverändert mit 100.000 M., Kreditoren fordern 15.173 M. (25.322).

Die Norddeutsche Eiswerke A. L. & Co. in Berlin weist einen Bruttogewinn von 350.888 M. (297.600) aus. Der Aufsichtsrat hat nach Abschreibungen von 210.043 M. (184.388) die Ausschüttung einer Dividende von 4 Proz. (3) beschlossen.

Die Norddeutschen Korbwerke A. L. & Co. in Berlin verweist eine außerordentliche Generalversammlung zur Beschlußfassung über Erhöhung des Grundkapitals der Gesellschaft um 1 Million Mark. In der letzten Generalversammlung war als Voraussetzung der Kapitalerhöhung die Erteilung eines großen Auftrags genannt worden. Diese Bedingung dürfte jetzt erfüllt sein. Die Gesellschaft steht der A. G. Rig u. Co. recht nahe.

Die Börse.

Die Dienstbörse war ziemlich fest, was, da sich das Geschäft überwiegend zwischen den ewig rubelischen Spekulationen abwickelte, ebenfalls wenig sagen will, wie die Schwäche am Montag.

Für 100 Mark wurden am Sonnabend in Zürich 88 Francs, am Montag nur 80 Francs bezahlt. In Amsterdam hielt sich der Markkurs besser. Sonderbarerweise auch in New York.

Die New Yorker Börse war Montag in der Vorfreude neuer großer Kriegslieferungen ausgesprochen fest.

Soziales.

Kann ein Unfallverleter eine Operation verweigern?

Nach einer Notiz in Nr. 3 der „Krankenfassenzeitung“ soll das Reichsversicherungsamt am 3. Mai 1916 entschieden haben, daß eine Rente auf ein Jahr entzogen werden konnte, weil der Verletzte sich geweigert hatte, sich einer unangenehmen Operation zu unterziehen. Die Mitteilung der „Krankenfassenzeitung“ ist falsch. Es hat zwar das Reichsversicherungsamt am genannten Tage den Refus eines Verletzten, den die Rente von der Berufsgenossenschaft auf ein Jahr entzogen war, weil er sich nicht operieren ließ, zurückgewiesen, aber aus anderen als aus den gemeldeten Gründen. Nach der Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts braucht sich ein Verletzter nicht operieren zu lassen und es dürfen ihm daraus auch keine Nachteile entstehen. Wenn es den Refus trotzdem zurückwies, so waren folgende Gründe dafür maßgebend. Der Verletzte war durch Beschädigung aufgefodert worden, sich operieren zu lassen. Er hatte dagegen Berufung eingelegt, war aber abgewiesen worden. Leider entscheidet bei solchen Fragen das Oberversicherungsamt endgültig und auf dieses nicht anfechtbare Urteil gestützt, verlor die Berufsgenossenschaft die Rente auf ein Jahr. Bei dem sich daran anschließenden Streitverfahren ist wieder der Refus zulässig und das Reichsversicherungsamt war nunmehr vor die Frage gestellt, ob es über das rechtskräftige Urteil des Oberversicherungsamts, das die Operation gebilligt hatte, hinweggehen konnte. Es hat diese Rechtskraft respektiert und aus diesem Grunde den Refus zurückgewiesen.

Dadurch ist nun eine sehr eigenartige Rechtslage geschaffen worden. Das Reichsversicherungsamt ist höchste Instanz; nach seinen Grundfahnen haben sich die Oberversicherungsämter zu richten. In die eine Operation, dann hat sich das Reichsversicherungsamt nach der abwegigen Entscheidung des Oberversicherungsamts zu richten, wenn es zu prüfen hat, ob die Rentenverlegung auf Zeit zulässig ist. Es ordnet sich demnach das Oberversicherungsamt tatsächlich dem Reichsversicherungsamt über und zwingt dieses zu Entscheidungen, die den von ihm aufgestellten Grundfahnen zuwiderlaufen.

Es mag ja sein, daß um die Rechtskraft der früheren Entscheidung (schlecht) herumzukommen ist. Aber das ist dann ein ganz unbilliger Zustand, den sich die Berufsgenossenschaften natürlich zu nutz machen werden. Dem könnte aber das Reichsversicherungsamt ganz einfach dadurch steuern, daß es die Rentenverlegung auf einen Tag beschränkt, wodurch die Kosten, die den Berufsgenossenschaften entstehen, weit erheblicher werden als ihre Ersparnisse. Sie würden dann solche Experimente von selbst unterlassen. Bisher ist es eigentlich auch nur die Section II der Anwartschaftsberufsgenossenschaft, die, da sie ein Oberversicherungsamt hat, das mit ihr auf einem Standpunkt steht, in der geschädigten Weise vorgeht. Sie hat schon Rentenverlegungen bis zu zwei Jahren ausgebrochen.

Natürlich ist es ganz abgesehen von der Rechtslage, für jeden Verletzten gut, wenn er soweit als möglich wieder erwerbsfähig wird. Eine volle Arbeitskraft ist besser als die höchste Rente. Deshalb tut der Arbeiter gut daran, sich kleineren Operationen, die ihn leistungsfähiger machen, ohne weiteres zu unterziehen. Es geschieht das auch zum Teil. Dort wo es nicht geschieht, sollte aber auch von der Rechtsprechung das Recht des Verletzten, über seinen Körper zu verfügen, weitgehend geschützt werden.

Berichtszeitung.

Schleichhandel mit Brotkrumen. Der vielfach vorbestrafte Händler Anton Drausche wurde von einem Kriminalhauptmann dabei betroffen, als er in der Volkshausstraße in der Schwarzenstraße Brotkrumen veräußerte. Nach seiner Festnahme stellte es sich heraus, daß er Brotkrumen zum Bezug von 20.000 Gramm Brot, ferner Zuckerarten und Mehlarten bei sich führte. Da dieser schamlose Handel mit Brotkrumen, der sich auch schon zu einer Art Kettenhandel ausgebildet hat, nachdringende eine Gefahr für die Volksernährung geworden ist, so verurteilte die fünfte Strafkammer des Landgerichts I den Angeklagten zu 1 Jahr Gefängnis.

Erde statt Schmalz verurteilt der Schlächter Otto Berliner den Rentner zu 300 M. unter falschem Namen zu verkaufen, er wurde aber, da er an vorbestrafte Leute faul, erloscht und jetzt von der vierten Strafkammer des Landgerichts I zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt.

Wetterausblick für das mittlere Norddeutsche Land bis Donnerstag mittags. Trocken, vorwiegend kühler Frostwetter, nur im südlichen Ostpreußen überwiegend demütlich mit leichten Schneefällen.

Verantwortlich für Politik: Hermann Müller, Lembohof; für den übrigen Teil d. Blattes: Alfred Scholz, Reulshaus; für Inserate: Th. Bloch, Berlin. Druck u. Verlag: Hermanns Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co. Berlin SW.

Dieser 1. Beilage und Unterhaltungsblatt.

Kriegswirtschaftliche Fragen beim Handels- und Gewerbeetat.

Der Haushaltsausschuss des Reichstages hat am 5. und 6. d. M. den Etat des Ministeriums für Handel und Gewerbe. Eine Reihe von gewerblichen und handelspolitischen Fragen wurde in teilweise sehr eingehender Debatte erörtert, wobei naturgemäß die bereits eingetretene und die zukünftigen wirtschaftlichen Folgen des Krieges hauptsächlich zur Besprechung kamen.

Angehörige des Mittelstandes,

deren Erziehung auch ohne, daß sie zum Heeresdienst eingezogen werden, durch den Krieg wirtschaftlich bedroht wird, nutzbar zu machen, ferner bei der Uebergangswirtschaft die Handwerker- und Kleinbetriebe mit Rohstofflieferung während der berückichtigten, auch ihnen und den Handwerkerorganisationen im vermerkten Maße öffentliche Arbeiten zu übertragen. Die Besprechung enthielt eine schwere wirtschaftliche Krise in vielen Mittelhandelskreisen. Minister Sebald stellte mit, es seien für etwa 100 Mill. Mark Heeresaufträge an rund 800 Lieferungsunternehmen von Handwerklern vergeben worden.

Der Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion, Genosse Hue, führte aus, die Debatte beschäftige wieder, daß durch den Krieg die wirtschaftlich Schwachen am stärksten getroffen.

Die wirtschaftlich Stärkeren aber nur Kapitalkräftiger würden. Die Behörden zögen es begrifflicher Weise vor, schon wegen der leichteren Kontrolle und der größeren Leistungsfähigkeit mit den großen und größten Firmen geschäftlich zu verhandeln. Darüber hinaus förderte die Regierung durch besondere Maßnahmen oder direkt nach den syndikalistischen Zusammenschluß der Großindustriellen. Das sei im Vergleich durch eine besondere Bundesratsverordnung geschehen, jetzt wieder durch eine neue Verordnung, welche der Zementindustrie zu einem geschlossenen Kartell verpöfien habe. Vorstellungen des naturlich notleidenden Baugewerbes dagegen seien wirkungslos geblieben. Im Kommissariat für die Uebergangswirtschaft seien drei Vertreter der Großindustrie, drei Vertreter des Großhandels und der Großschiffahrt, ein Landwirtschaftler und ein Bankvertreter berufen, jedoch kein Vertreter des gewerblichen Mittelstandes und natürlich kein Vertreter der weitaus größten Volksschicht, der Lohnarbeiter. Diese Einseitigkeit sei vom gemeinwirtschaftlichen Standpunkt zu verurteilen. Wenn, wie verlangt sei, „alsbald“ nach Friedensschluß der „freie Handel“ wieder gestattet werde, dann kämen die Kleinvertriebsbetriebe und die Konsumanten ganz unter die Räder. Schon seien im Auslande von kapitalistischen Firmen große Rohstoffkäufe für die Friedenszeit getätigt, auch schon monopolartige Verbindungen zwischen Großindustriellen und großen überseeischen Transportgesellschaften eingeleitet. Diese man dem freien Lauf, dann würden die durch den Krieg am schwersten getroffenen Wirtschaftskreisläufe überhaupt nicht mehr zum Leben kommen.

Der Minister erklärte hierzu, die Verordnung betreffend die Zementindustrie sei mit Rücksicht auf die ganz verfahrenen Zustände in dieser Industrie ergangen. Das Kommissariat für Uebergangswirtschaft sei nur mit einleitenden Arbeiten beschäftigt, zur angedehnten Zeit würden Vertreter der noch nicht berücksichtigten Erwerbsstände zur Mitberatung berufen. Das Kommissariat für die Uebergangswirtschaft werde auch die Monopolisierungsbestrebungen im Außenhandel, namentlich die Rohstoffzufuhr, zu verhindern haben; dafür sei es auch eingeseht. Der fortschrittliche Antrag würde mit der vom Zentrum beantragten Änderung, monoch nicht schlechtere als notleidenden gewerblichen Mittelstandsangehörigen, sondern nur die zum Dienst mit der Waffe und auf Grund des Hilfsdienstgesetzes Berufenen der Fürsorge der Kriegshilfsklassen teilhaftig werden sollen, angenommen.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wandte man sich der Besprechung des

zukünftigen Außenhandels

zu. Der Reichsminister, Abg. Oeser, wachte darüber sehr eingehende und interessante Ausführungen, erfuhrte namentlich die Regierung, nicht mit Rücksicht auf die Valuta die Einfuhr allzuzüher zu unterbinden. Der nationalliberale Vertreter unterstützte dies; er sprach von dem „Valutagespenst“, dessen Gefährlichkeit zu sehr überschätzt würde. Allgemein wurde betont, es werde der deutschen Löhnlage genügen, wenn auch nach schwerer Auszehrung die deutsche Position im Weltmarkt wieder zu gewinnen. Ein nationalliberaler Abgeordneter kritisierte scharf die Kleinigkeit „unserer Diplomaten im Auslande“ auch gegenüber den ehrenrührigen Beschimpfungen der deutschen Industrie durch die Japangasse. Ein konservativer Vertreter brachte die Monopolisierungsbestrebungen der böhmischen Firma Pelschel in den deutschen Braunkohlenbergbau zu Sprache und forderte offizielle Vorbeugungsmaßnahmen, eventuell auch durch staatlichen Erwerb von Braunkohlenfeldern. Der Minister erklärte, der Abrechnungsbesche mit dem neutralen Auslande müsse im Interesse unserer Wahrung scharf kontrolliert werden. Die Vorgänge im Braunkohlenbergbau würden aufmerksam verfolgt. Noch sei von einem Privatmonopol der Firma Pelschel keine Rede, aber ob durch eine staatliche Zwangsbindung der Braunkohlenbergbaues verbeugert werden könne, müsse erwoogen werden. Auch ein Nationalliberaler erfuhrte die Regierung, sich zur Verhütung eines Privatmonopols einen stärkeren Anteil an den Braunkohlenfeldern zu sichern, wie das jetzt in Sachsen geschehen solle.

Genosse Hue befürwortete einen besseren Auslandsdienst, damit das Ausland in wachstümlicher Weise über die Zustände und über die Volkstimmung in Deutschland unterrichtet werde und nicht mehr angewiesen sei auf eine Presse, die bestimmten Interessen zu dienen und die Volkstimmung in Deutschland anders erscheinen zu lassen habe, als wie sie sei. Weiter sprach Hue die

Zufuhr billiger Holzgug- und Fertigsfabrikate

vor dem Kriege in das Ausland und machte darauf aufmerksam, daß der holländische Schiffbau und auch die englische Maschinenbauindustrie zum nennenswerten Teil ihre gute Stellung den billigen Materiallieferungen aus Deutschland verdanke. Hinsichtlich der Monopolbestrebungen der Firma Pelschel erinnerte er daran, daß er bereits im vorigen Jahre die Regierung gebeten habe, vorsorglich einzugreifen; es läme nicht darauf an, daß es sich hier um einen Ausländer handle, deswegen vorzugehen würde unseren Handels- und Niederlassungsverträgen widersprechen. Aber es sei leider soweit gekommen, daß nunmehr schon die Braunkohlenfelder zu Preisen veräußert würden, daß, wenn der Staat jetzt zu diesen Preisen Laufe, er ein ähnliches „Geschäft“ machen würde, wie bei der Hibernia. Es ständen dem Staat andere Mittel zu Gebote, um ein Privatmonopol im Bergbau zu verhindern. — Sodann

ging Hue ein auf die Manipulationen größerer Firmen in der Elektrizitätsindustrie und im Kohlenhandel, welche darauf hinanzulaufen, die Warenumschneuer auf die Verbraucher abzuwälzen. Diese wird in den Verkaufspreis einfließen und in den Verträgen wird bestimmt, daß auch künftige vom Reich oder Staat den Werken auferlegte Lasten ohne weiteres dem Verkaufspreis zuzuschreiben sind. Bei der Abschreibung des Warenumschneuergesetzes sei gefogt worden, es solle nicht die schwachen, sondern die starken Schultern treffen. Heute zeige sich, daß die Großindustrie und die Großhändler es vortrefflich verstanden, auch diese Steuer auf die schwächsten Schultern abzuwälzen. Sehr charakteristisch sei, daß der Fiskus ebenfalls solche Verträge mit seinen Abnehmern schlohe, wie ein Lieferungsvertrag der fiskalischen Bergwerksdirektion in Hindenburg-Oberschlesien betrieft.

Der Minister erklärte, das Gesetz gestalte die Abwälzung der Warenumschneuer, allerdings nicht ohne Vertrag. Der Bergwerksfiskus mache es dementsprechend ebenfalls. Es seien keine Mittel vorhanden, um beim Abschluß von Verträgen zu verhindern, daß Steuerlasten auf den Abschler oder Verbraucher abwälzt würden, das sei Sache des Vertrages. Ein Redner vom Zentrum bestritt, daß die Tendenz des Gesetzes nicht dahin ginge, die schwächeren Schultern zu belasten. Wichtig sei, daß man durch Vertrag diese Abwälzung vornehmen könne!

Beim Titel

„Gewerbeinspektion“

forderie Hue unter Hinweis auf die gewaltig gesteigerte Frauenarbeit und auf die sonstigen Zustände in der Industrie und im Gewerbe, daß den weiblichen und jugendlichen Arbeitern ein größerer Schutz als bisher zuteil werde. Wiederrum seien nur vier erasmatische Gewerbeassistentinnen angefordert, nicht mehr wie 1914. Diese Zahl müsse erheblich vermehrt werden, denn die Gewerbeassistentinnen seien die geeignetsten Personen, um für gesundheitliche Verhältnisse zu sorgen, wie sie für die Frauen schon im Interesse der Bevölkerungspolitik unerlässlich seien. Darauf erklärte der Minister, daß er in diesem Punkt mit dem Abg. Hue übereinstimme. Die Vermehrung der Gewerbeassistentinnen sei notwendig, und es seien bereits 18 außerordentliche Gewerbeassistentinnen ange stellt; es sollten nun noch weitere 18 angestellt werden.

Nach weiteren Erörterungen, die sich besonders auf den Besuch der Fortbildungsschulen und die Freistellung von Fortbildungsschülern für die Industrie erstreckten, wurde der Handels- und Gewerbeetat genehmigt.

Aus Groß-Berlin.

Schlittensfahrer.

Am unserem Hause vorüber führt die Straße in den nahen Stadtpark, an dessen kleiner Anhöhe eine schöne Rodelsbahn in vollem Betrieb ist. Den ganzen Tag zieht Groß und Klein vorbei in hübschen wintertlichen Sportanzügen, den flotten, leinen Schlitten an der Hand. Mit lustigem Lachen und erwartungsvoll geht es dem nahen Vergnügen zu, und frohes Jauchzen und Schreien tönt von ferne an unser Ohr.

Häufig aber begegnet der lustigen Gesellschaft in unserer Straße eine andere Fahrerkolonne, die, oft nicht minder zahlreich, der entgegengesetzten Richtung der Straße zustrebt. Nach Lust und Vergnügen aber steht diese Gesellschaft nicht aus. Dunt zusammengewürfelt sind ihre Fahrzeuge; alles, was nur irgendwie fahrbar, ist auf Schienen oder Rädern aufgetrieben: Schlitten und Wagen in allen möglichen Formen und Größen, alt und schmutzig, mit Stricken oft nordrüttig zusammengehalten. Dunkel schiebt die armselige Kleidung der Fahrer von den Rodlern ab. Frierend und mit ernstem Gesichtern ziehen sie zum nahen Güterbahnhof hinauf. Dort gibt es Brickets zu erstehen, direkt vom Eisenbahnwagen und noch ein paar Sechser billiger als beim Händler. Von weither treibt die Rot und die bittere Kälte die Leute herbei, und mühsam ziehen sie ihre beladenen Fahrzeuge wieder heimwärts.

In buntem Gewimmel begegnen sich die Schlitten. Das Leben zeigt und seine beiden Pole im scharfen Gegensatz: Freude und Leid.

Händler halten Kohlen zurück!

Sagen mehrere Kohlenhändler wird die Verschuldigung erhöht, daß sie mit den vorhandenen Vorräten an Brennmaterial ganz willkürlich verfahren. Sie verkaufen kaum und an wen sie wollen, und schicken solche Leute weg, die nicht ihre „Kunden“ sind. Andere Händler geben nur ganz geringe Mengen Prehkohlen ab, so daß sie die Käufer zwingen, sich wiederum anzuschließen und öfter als nötig wiederzukommen; einige weigern sich, Kohlen an Kinder abzugeben. Eine Zinschrift an den „Volks-Anzeiger“ bezeichnet die schuldigen Kohlenhändler leider nur mit den Anfangsbuchstaben. Der Großhändler „B. in B.“ habe massenhaft Kohlen, verkaufe aber nur, wenn es ihm beliebt. Frauen müßten häufig Stundenlang dastehen bei der fehligen Kälte, weil der Herr nicht verkauft. Ein Postleutnant habe ohne Widerspruch mitgehört, daß Schulden den Frauen sagten, der Kohlenhändler läme die Kohlen verkaufen, wenn er wolle. Die Frauen hätten in einem Falle von 12 bis 5 Uhr gestanden und seien fast erfroren gewesen. In einem zweiten Fall (Kohlengeschäft „D. in der G.-Straße“) habe ein Schuyman gesagt, der Händler läme die Kohlen verkaufen, wenn er wolle, und wenn es im Sommer des nächsten Jahres sei. Der Kohlenhändler habe sich darauf vor die Tür gestellt und die Wartenden ausgelacht. Ein dritter Kohlenhändler („D. in St.“) erklärte den wartenden und schon halb erfrorenen Frauen, nachdem er sie vorher veralbert, daß er nur Kohlen für seine Kunden habe, die anderen sollen sehen, wo sie welche her bekommen.

Diese Angaben sind so ungeheuerlich, so über alle Maßen empörend, daß man dem „Vol.-Anz.“ die volle Verantwortung dafür überstoßen muß. Die Behörden müssen schleunigst nach dem Rechten sehen und ganz drastisch gegen die Schuldigen vorgehen.

Ein kleiner Fortschritt.

Wie der Reichverband deutscher Obst- und Gemüsehändler (Kleinhandlungsorganisation) zu melden weiß, hat er mit dem Berliner Magistrat ein Abkommen getroffen, das den Verband berechtigt, ein Drittel des täglich eingehenden Gemüses unmittelbar vom städtischen Verkaufsvermittler, also ohne Inanspruchnahme des Groß- und Zwischenhandels zu kaufen. Der erste Schritt zur Erfüllung einer alten Verbraucherforderung: Fort mit dem unnötigen Zwischenhandel! Im Augenblick hat die Vereinbarung natürlich geringe Bedeutung, für die Zukunft ist sie um so wertvoller, denn sie ermöglicht natürlich den Kleinhandel, die direkt erworbenen Waren billiger zu verkaufen als die durch mehrere Hände gegangenen. Deshalb aber darf der Magistrat auf diesem Wege nicht stehen bleiben, sondern muß baldigt den Kleinhändlern den direksten Weg ganz freigeben, während der Großhandel sich auf den Abfag des von ihm selbst Herangeführten zu beschränken hat.

Kraftwagen für Kohlenanfuhr bei Nacht.

Da zur Heranschaffung von Kohlen und Holz sehr auch militärische Kraftwagen bei Nacht zur Verfügung stehen, erfuhrte die Kriegsaufsicht bei dem Oberkommando in den Marken die Kohlenlieferanten und Gasanstalten, sowie die Konsumenten von dieser Einrichtung durch Anweisung bei der Handelskammer (täglich bis 10 Uhr vormittags) Gebrauch zu machen. Oberkommando in den Marken.

Berliner Lebensmittelnachrichten.

Der Magistrat der Stadt Berlin hat die Verordnung über die Entnahme und Abgabe von Zucker abgeändert. In der neuen Verordnung, die am 11. Februar in Kraft tritt, heißt es: Die Gültigkeit des Abschnitts 8 der Berliner Zuckerkarte beginnt am 11. und endet am 28. Februar. Auf diesen Abschnitt dürfen 500 Gramm Zucker (statt 375 Gramm) gemäß der Rubrikliste abgegeben und entnommen werden. Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung werden mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft, auch kann die Schließung derjenigen Geschäfte erfolgen, deren Unternehmer oder Betriebsleiter sich in Befolgung der ihnen auferlegten Pflichten als unzuverlässig erweisen.

Hat jemand den Abschnitt 8 bereits für Sirup oder Konfektion angemeldet, so tritt keine Änderung ein; denn hier ist die Vergünstigung ja noch größer, da 2 Pfund dieser Süßmittelmittel auf den Abschnitt 8 gewährt werden.

Auf den Abschnitt Nr. 27 der Lebensmittelkarte entfallen 200 Gramm Graupen oder Grüge. Die Abschnitte sind am 7. und 8. Februar, also heute und morgen, in den durch die besonderen Verkaufsschilder „Verkauf von Graupen auf Lebensmittelkarten der Stadt Berlin“ gekennzeichneten Kleinhandelsgeschäften gegen Empfangsbekundungen abzugeben. Die Ware wird dann etwa 5 Tage nach Ablieferung der Abschnitte in den Kleinhandelsgeschäften gegen Rückgabe der Empfangsbekundungen zur Verfügung stehen. Die Kleinhandelsgeschäfte haben die von ihnen abgenommenen Kartenabschnitte in der bisher vorgeschriebenen Weise an ihren Großhändler abzuliefern, und zwar nur am 9. Februar. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die genaue Einhaltung der Fristen unbedingt erforderlich ist, da bei dem Verspätung der Verteilungsgüter und der großen Zahl der zu versorgenden Bevölkerung die nachträgliche Abnahme der Abschnitte nicht angängig ist.

Brandkatastrophe in Moabit.

Ein Kind erstickt, zwei gerettet.

Drei Kinder sind am Dienstag nachmittag bei einem Brande in Moabit, Lübecker Straße 4, erstickt aufgefunden worden. Dort bemerkten Hausbewohner aus einer Wohnung um 4 Uhr Quasim fortwährend. Sie benachrichtigten die Feuerwehr. Diese war unter Leitung der Brandmeisters Steiner schnell zur Stelle. Die Wohnungstür wurde erbrochen und die drei Kinder sofort ins Freie gebracht. Wiederbelebungsversuche waren anfänglich erfolglos, weshalb die Kinder nach dem Krankenhaus Moabit gebracht wurden. Leider war eins schon tot, während die beiden anderen noch Lebenszeichen von sich gaben und gerettet werden können. Die Mutter, eine Frau Zeilstein, deren Mann im Felde steht, hatte Bäche am Ofen zum Trocknen aufgehängt und diese war dann in Abwesenheit der Frau D. in Brand geraten. Das gerade ein Jahr alt gewordene jüngste Kind war nicht mehr zu retten, die Lebensgefahr bei den Geschwistern schien abends geboten zu sein.

Vergeblicher Versuch der Sprengung einer Parteiverammlung.

Zu Dienstag abend waren die auf dem Boden der Parteileitung stehenden Genossen und Genossinnen des 6. Berliner Reichstagswahlkreises zu einer Versammlung nach Frankes Sälen in der Bahnhofsstraße eingeladen. Die Anhänger der Opposition besetzten den Vorraum und führten dort einen großen Spektakel auf. Ein Teil der Parteigenossen wurde unter wilden Beschimpfungen der Mehrheit vom Besuche der Versammlung abgehalten. Die Konstituierung eines sozialdemokratischen Wahlvereins für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis konnte trotzdem vorgenommen werden. Die Parteiposition sängt da wieder an, wo einst die Antisemiten auftraten, als sie aus den Gefängnissen kamen. Auch ein Unfamen!

Dritter Berliner Reichstagswahlkreis. Am Freitag, 9. Februar, abends 8 Uhr, findet im Gewerkschaftshause, Egelstraße 18, eine Versprechung aller auf dem Boden der Geschäfte des Parteischiffes und des Parteivorstandes Redenden Genossen und Genossinnen statt. Zweck der Versprechung ist die Konstituierung des Wahlvereins für den dritten Berliner Wahlkreis der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Im zahlreichen Besuch bittet Eug. Wolf, Raumstr. 30.

Eine Aufnahme der Parteivorräte wird am 1. März stattfinden. Sie erstreckt sich auf Erzeuger und Verbraucher in Stadt und Land. Vorräte zum Verbrauch im eigenen Haushalt sind nur anzuzeigen, wenn sie 20 Pfund übersteigen. Eine Nachprüfung der Erhebung wird durch Beamte oder beidigte Vertrauensleute bis zum 15. März vorgenommen werden.

Batocki gegen den Trinkzwang. Zu der in den deutschen Gastwirtschaften vielfach bestehenden Anstöße des Trinkzwanges, der namentlich in der Friedenszeit den Verdächtigungen nicht entspricht, hat der Präsident des Kriegernährungsamtes in einem Rundschreiben an die Bundesregierungen Stellung genommen. Er macht darauf aufmerksam, daß die örtlichen Verwaltungsstellen beruhten können, die Abgabe von Speisen in Gastwirtschaften davon abhängig zu machen, daß der Gast Getränke entnimmt oder den Preis für Speisen zu erhöhen, wenn der Gast Getränke nicht genießt.

Eine Tragödie. In der Oberstraße wohnte im 3. Stock eines Durchgehendes für sich allein der Schloffer Karl B. Seine Frau ist in der Jrenenstraße nach gestorben, sein Sohn befindet sich in der Gruppe in der Friedensstraße. B. war längere Zeit mit der Miets in Mühlendamm und sollte gestern die Wohnung räumen. Als der Gerichtsvollzieher erfuhr, um die Räumung durchzuführen, fand er den Mann der schon längere Zeit lebend gestorben war, tot im Bett liegen. Jemandes Angehörigen für einen Selbstmord war nicht zu finden. Es muß angenommen werden, daß der Mann hilflos an Enttäufung gestorben ist.

Zur Straffache Kupfer. Die 23jährige Tochter der Frau Kupfer ist aus der Unternehmungshaft entlassen worden, weil die Ermittlungen keine Anhaltspunkte dafür ergeben haben, daß das Mädchen an den Straftaten der Mutter sich beteiligt oder auch nur Kenntnis von ihnen gehabt hat.

Der Nord in Rathmannsluß. Die Ermittlungen nach dem Mörder des im Krankenhaus zu Reinickendorf seiner schweren Schussverletzung erlegenen Wärders Krapp haben ihren Fortgang genommen. Die Spuren der Täter, die das in Gliende geflohlene Schwein mit sich führten, wiesen nach dem Norden Berlins hin.

Die Kälte hatte, wie es scheint, am Montag ihren Höhepunkt erreicht. Während die niedrigste Temperatur an diesem Tage in Berlin -22 Grad (in Jöhndorf -29 1/2, in Potsdam -33 Grad)

Die Neue gegen die Alte Welt.

Frühere Handel Amerikas mit Europa.

Die Geschichte der Vereinigten Staaten, so kurz sie im Vergleich mit der der großen Nationen Europas ist, bezeichnet eine ganze Reihe großer und kleiner Zwistigkeiten mit den Mächten der Alten Welt. Begann doch das Staatswesen George Washingtons mit einem gewaltigen Kriege, den die jüdischen englischen Kolonien in Nordamerika zu ihrer Befreiung vom Mutterlande geführt haben. Amerikas natürlicher Gegner war also von allen Anfang an das ländergeriege Britenreich; wenn sich dieser einjährige Gegenjah zwischen Alt- und Neuenland im Laufe des letzten Jahrhunderts ausgeglichen hat, so ist das auf zwei grundlegenden Umständen zurückzuführen. Zunächst war die nordamerikanische Union bereits zu Beginn des 19. Jahrhunderts derart erstarkt, daß es den Engländern als ausgeschlossen gelten mußte, je wieder zum Herrn am Hudson zu werden. Die Vereinigten Staaten empfanden aus diesem Grunde dem alten Mutterlande gegenüber denn auch keinmal Furcht, sie konnten unter Umständen noch einmal um ihre politische Freiheit zu kämpfen genötigt sein. Von kaum minder großer Bedeutung für die Gestaltung der Beziehungen zwischen England und der Union war der Umstand, daß in dem Staatswesen der Neuen Welt englische Sprache, englische Kulturbegriffe und Gesinnungen vorherrschend blieben. Denn zur Zeit des Unabhängigkeitskrieges war die Anglisierung der Neu-England-Staaten schon so weit vorgeschritten, daß das britische Element unter den Einwanderern so vorherrschend, wie das anderen Nationen, deren Auswanderer an dem Aufbau und der Entwicklung der Vereinigten Staaten mitgewirkt haben, sich gegen den vorherrschenden englischen Einfluß nicht zu behaupten vermochten. Das Englische war von Anfang an die Staatssprache; Verfassung und Rechtsleben des von George Washington begründeten Staatswesens waren auf englischem Rechtsempfinden aufgebaut. Das ursprünglich sehr stark französische Element in Amerika wurde dadurch zurückgedrängt; es assimilierte sich den Anglo-Amerikanern, wie ja selbst in der ursprünglich französischen Kolonie Kanada das Französisch von Jahr zu Jahr mehr zurückgedrängt wird. Auch die Spanier, deren Besitzungen sich im südlichen Teile des heutigen Unionsgebietes befanden, wie z. B. in Florida, kamen gegen das Engländertum nicht auf. Das deutsche Element wanderte in großer Zahl erst zu einer Zeit nach den Vereinigten Staaten aus, als diese sich politisch, wirtschaftlich und kulturell schon längst zu einem Staatswesen auf ausloskultureller Basis befähigt hatten.

Jedenfalls geschieht es zum ersten Male in der Geschichte der Vereinigten Staaten, daß sie sich in einem offenen Gegensatz zu Deutschland stellen. Seit den Tagen des gewaltigen Unabhängigkeitskampfes der Amerikaner stand Preußen-Deutschland auf ihrer Seite; hatte doch Friedrich II. schon im Jahre 1788 mit Benjamin Franklin den ersten preußisch-amerikanischen Freundschafts- und Handelsvertrag geschlossen, der 1790 und 1828 wieder erneuert wurde, und der, nach der Gründung des Deutschen Reiches, auf dieses übergegangen, dem Buchstaben nach bis zum heutigen Tage in Kraft ist. General Steuben hatte im Unabhängigkeitskrieg auf der Seite der Amerikaner mit entscheidendem Erfolge gekämpft und Washingtons Armee erst nach dem Stände der damaligen Kriegskunst schlagfertig gemacht. Die guten Beziehungen zwischen der jungen Union und den deutschen Staaten blieben auch ungetrübt, als sich bald nach der Errichtung der Vereinigten Staaten deren Verhältnis zu dem früheren Bundesgenossen Frankreich arg verschlechterte. In der Absicht, das neue Staatsgebilde nicht durch Einreisen in fremde Hände zu gefährden, hatte Washington als erster Präsident der Vereinigten Staaten beim Ausbruch des ersten Koalitionskrieges gegen Frankreich im Jahre 1793 eine Neutralitätsklärung erlassen, die in Frankreich sehr übel aufgenommen wurde. Ja, Präsident Washington ging noch weiter und schloß ohne Rücksicht auf die in Frankreich herrschende Mißstimmung im Jahre 1794 auch mit England einen Freundschafts- und Handelsvertrag. Daraus brach Frankreich die diplomatischen Beziehungen zu der Union ab und es schloß damals nicht viel, daß es zwischen den einzigen Bundesgenossen zum Kriege gekommen wäre. Etwa ein Jahrzehnt verging dann, ohne daß Amerika mit europäischen Mächten in Zwistigkeiten verwickelt war.

Diese entsandten erst wieder, als im Jahre 1805 die englische Regierung begann, gegen amerikanische Schiffe den Sklavereikrieg zu eröffnen. Handel und Schifffahrt hatten nämlich während des Krieges zwischen Frankreich und England in Amerika einen großen Aufschwung genommen, weil der ganze Kolonialverkehr Frankreichs, Hollands und Spaniens den amerikanischen Schiffen zugeteilt war. Nicht anders als in unseren Tagen gedachte England damals den letzten Rivale zur See auszuschalten und die Zufuhr an seinen Gegnern mit allen Mitteln zu verhindern. Als die Engländer

begonnen hatten, die amerikanischen Schiffe zu durchsuchen und zu kapern, erließ der amerikanische Kongress die berühmte Embargoakte vom 22. Dezember 1807, durch die die Zufuhr aller Waren der Vereinigten Staaten nach England gegenüber verboten und den Amerikanern alle Schifffahrt nach fremden Ländern untersagt wurde. Die amerikanische Industrie wurde dadurch ungemein gefördert; dieser Sperrung gegenüber europäischer Einfuhr verdankt die Industrie Amerikas die Grundlage in ihrem weiteren geschäftlichen Aufschwung. Dafür wurde aber der amerikanische Handel empfindlich geschädigt, und im Jahre 1809 wurde der Verleib mit fremden Häfen wieder erlaubt, mit Ausnahme der französischen und englischen. Den Schiffen dieser Länder blieben die Unionshäfen auch weiterhin verschlossen. Präsident Madison hob im Jahre 1811 die „Nichtverleibskarte“ auch für Frankreich auf; infolgedessen wuchs die Spannung mit England noch weiter, und am 18. Juni 1812 erklärten die Vereinigten Staaten England, das gegen die Verleibung des spanischen Florida drohend Einmischung erhoben hatte, den Krieg.

Das Ziel, das sich Amerika gesetzt hatte, wurde in dem Verlauf des Krieges, der drei Jahre dauerte, nicht erreicht. Wohl brachten die Amerikaner die gewaltige Zahl von 1400 englischen Schiffen auf; trotzdem behaupteten die Engländer die Herrschaft zur See und blockierten sämtliche Häfen der Union. Zudem waren die amerikanischen Unternehmungen zu Lande, die die Eroberung Kanadas bezweckten, unglücklich und endeten im Dezember 1813 mit der Erstürmung des Forts Magona durch die Engländer, die bald darauf in das Unionsgebiet einrückten und am 24. August 1814 sogar die Stadt Washington besetzten. Zwar gelang es den Amerikanern, die Engländer am 8. Januar 1815 bei New Orleans entscheidend zu schlagen; aber den kämpfenden Armeen war nicht bekannt gewesen, daß am 24. Dezember 1814 in Gent bereits der Friede geschlossen worden war, in dem beide Teile ihre Eroberungen zurückgaben.

Am folgte für die Vereinigten Staaten eine lange Periode gewaltigen Aufstiegs von Handel und Wandel. Das Unionsgebiet wurde während der nächsten Jahre durch den Anbruch einer Reihe großer Staaten mächtig vergrößert, und nach außen hin blieb Amerika dem Grund der Klimateinwirkung in fremde Hände frei. Als die spanischen Kolonien vom Mutterlande abfielen, erwarben sie keinerlei englische Unterstützung, und als Bolivar einen panamerikanischen Kongress in Panama anregte, lehnte Präsident Monroe ab. Damals gab Monroe die berühmte geordnete Erklärung ab, daß die Union in der Besetzung amerikanischen Gebietes durch europäische Staaten eine unfreundliche Handlung erachten müsse; sie war aber damals nur gegen etwaige Bundesgenossen Spaniens gerichtet und wollte diesem Lande selbst im Kampfe mit seinen Kolonien durchaus freie Hand lassen. Erst viel später hat die sogenannte Monroe'sche Doktrin ihren heute gültigen Sinn untergelegt erhalten.

Erst im Bürgerkrieg von 1861 bis 1865 kam es wieder zu Zwistigkeiten mit europäischen Staaten, insbesondere mit den Westmächten, die namentlich aus handelspolitischen Gründen die Sympathien für die Südstaaten begien. Die ebenso geschickte wie energische Führung der antwortigen Angelegenheiten durch Lincoln verhinderte aber die wiederholte drohende Einmischung Frankreichs und Englands, von denen namentlich das letztere während des ganzen Krieges einen jäherwollenden Vorratshandel mit den Südstaaten trieb. Den letzten großen Streit mit Europa hatten die Vereinigten Staaten im Jahre 1898 in dem Kriege mit Spanien. Der wachsende Imperialismus der Union trachtete danach, die Spanier aus Westindien zu verdrängen, und der kubanische Aufstand bot Amerika dazu die erwünschte Gelegenheit. Es forderte von Spanien die Autonomie Kubas, und als Spanien dies aus eigener Initiative anordnete, entwandte die Washingtoner Regierung das Kriegsschiff „Maine“ nach Havana. Dieses wurde, um die Volkstimmung zu erregen, nachgeheim am 15. Februar 1898 in die Luft gesprengt, während offiziell Spanien dafür verantwortlich gemacht wurde. Es kam zum Kriege, aus dessen Früchte die Union Porto Rico und die Philippinen erwarb, während Kubas als Republik seither unter amerikanischem Protektorat eine Scheinliberale frei führt.

Schutz und Hilfe gegen die Kälte.

Stillsche und schützende Erwärmung ist nicht zu finden, entgegen vielfacher gegenteiliger Ansicht, bei den geistigen Getränken; das ist Lunderthum in Krieg und Frieden erweisen. Die „Wärme“, die man hier gewinnt, ist nur ein lässiges „Gefühl“, vorübergehender Schein, und zudem mit Gefahr, nicht selten mit verhängnisvollen Folgen verbunden: Einatmung, Ermattung mit allem, was für den Soldaten und seine Pflicht daraus kommen kann. Die Warnung der deutschen Kriegskunstordnung kann nicht oft genug betont werden: „Bei Kälte Alkohol zur Erwärmung zu genießen ist gefährlich, seine wärmende Wirkung ist zeitweilig.“ Selbst ein Alkoholat wie „Schuh und Trug“, Wodentwird wider die Uebergriffe in der Abstinenzbewegung, gibt schlanke zu!

Durch kaltschmeckende Unterhaltungen ärztlicher Autoritäten ist einwandfrei festgestellt worden, daß der Alkohol sowohl bei Geländen wie bei Gebäuden die Körpertemperatur nicht steigert, sondern herabsetzt. Auch in den Mittelstadien und durch die neuesten Versuchsarbeiten der chemischen Industrie, die durch den toxischen Weisheit eine nie gekannte Höhe erreicht hat, ist man zu den gleichen Resultaten gekommen.

Stillsche Erwärmung ist zu lösen durch warme Bekleidung, stilsche Bewegung; weitere warme Getränke, n. dgl. unbedenklicher Art, gute und kräftige Ernährung (die reichlich im Felde leichter monochromal schmecklich zu erreichen ist) u. d. natürliche Mittel. Hier einzig in dieser Richtung gebaute Stillsche aus selbstbehandeltem Dampf gegen stillsche und anhaltende Kälte heraus. Der Vorkurs für J. H. Garret gibt als Ergebnis seiner Erfahrung auf zwei Polareisen mit Ueberwinterung, vier Kreuzfahrten in den Eisbergen, vollständiger Aufenthalt im Gebirge und Teilnahme an Wandern der Alpenjäger, u. a. folgende Winke: „Zum Schutz warme Bekleidung; stilsche Stillsche leichter Gewebes, übereinander angezogen, sind weit wirksamer gegen Kälte als einstückliche dicke stilsche Stillsche. Zwei leinere Unterhosen gelten mehr als eine einzelne weinere Unterhose. Zwei Verwandschaften kalten wärmer als ein Planchetend. Heiße Getränke wie Tee, Kaffee, Suppe bilden vorzügliche Gegenmittel gegen die Kälte. Alle Polarkreuzfahrten empfinden auf ihren Streifzügen nach dem Genus einer heißen Suppe jenes stilsche Gefühl, welches sie sagen möchte, daß die „Suppe ihnen bis in die Hebelnigen Kinnertiefe“ . . . Der große Hauptpunkt aber, auf den sowohl bei den Händen wie bei den Füßen geachtet werden muß, sagt Co., ist der ungehinderte Ventilation.

Danje.

Das politische Wort Danje bedeutet so viel wie Herr; danje (gewordenen Danje) ist die Endform dieses Wortes, da die Polen in ihrer Sprache einen besonderen Ausdruck gleich dem Polatius im Lateinischen haben. Als andere Feldgrauen nach den großen Siegen Hindenburgs in dem Königreich Polen seinen Ruhm gefeiert hatten, tonte ihnen überall aus der Bevölkerung des Landes der Ruf Danje (o Herr) entgegen. Das führte dazu, daß viele Feldgrauen ihrerseits die Polen „Danje“ nannten. Ein solcher Vorgang, so fälschlich als ein Wortspiel, steht keineswegs vereinigt da. In der Türkei heißen die Eisenbahnschaffner „Danje“, die einen Eisenbahnwagen in der Türkei waren Deutsche, und war auf der vom betannten Baron v. Danje gebildeten Orientbahn. Aus ihrem Ruf „Danje!“ bildeten die Türken das Wort Danje, das eine Bezeichnung für die in Rede stehenden Deutschen. Nun kam in unsern in Polen kämpfenden Feldgrauen alles, was sie dort sahen, die Wagen, die Pferde, die Häuser usw., nach dem Namen Danje gemessen überaus häufig vor; sie verbanden also mit dem Wort Danje, das ihnen in der Türkei so häufig entgegen kam, die in Rede stehenden Deutschen. So wurde in unsern in Polen kämpfenden Feldgrauen alles, was sie dort sahen, die Wagen, die Pferde, die Häuser usw., nach dem Namen Danje gemessen überaus häufig vor; sie verbanden also mit dem Wort Danje, das ihnen in der Türkei so häufig entgegen kam, die in Rede stehenden Deutschen. So wurde in unsern in Polen kämpfenden Feldgrauen alles, was sie dort sahen, die Wagen, die Pferde, die Häuser usw., nach dem Namen Danje gemessen überaus häufig vor; sie verbanden also mit dem Wort Danje, das ihnen in der Türkei so häufig entgegen kam, die in Rede stehenden Deutschen. So wurde in unsern in Polen kämpfenden Feldgrauen alles, was sie dort sahen, die Wagen, die Pferde, die Häuser usw., nach dem Namen Danje gemessen überaus häufig vor; sie verbanden also mit dem Wort Danje, das ihnen in der Türkei so häufig entgegen kam, die in Rede stehenden Deutschen.

Notizen.

— Eine Reihe von Anstellungen soll im Frühjahr in der Akademie der Künste stattfinden, die besonders viel auf dem Nachschub des weitgehenden Kunstlers bringen wird. — Die Berliner Wäse werden nicht geschlossen werden — trotz Kälte und Rohstoffmangel. Nur die Sammlungen des Kunstgewerbemuseums und des Völkermuseums schließen vorderhand.

Der Polizeimeister.

Ein russischer Polizeiroman von Gabelsberger.

Aber Altki klammerte sich an diesen Gedanken. „Führen Sie mich hin! Ich zeige Ihnen die Spitzhaken. Sie tragen keine Uniform, gehen also nicht so in der Wahrheit auf, wie . . .“ Bei diesen Worten zeigte er auf die dunkle Gestalt Barlamow; Barlamow fühlte sich verlegt. „Ich möchte Sie bitten, Anspielungen auf Uniformen zu unterlassen“, sagte er mit Würde. „Wir fügen uns einer Laune von Ihnen, Sie sollten uns dafür dankbar sein.“ Dann wandte er sich an die Polizisten, die wie eine Mauer dastanden, und rief: „Kommt, Kinder!“ Die Gruppe, die noch eben einer steinernen Mauer geglichen, belebte sich im Nu. Man stieg vom Wall wieder in den Schmutz hinunter. Altki fühlte sich völlig verlassen, denn Josselle war mit seiner Laterne verschwunden. Er stolperte über einen Balken, glitt aus und stieß sich an die Aniescheibe. Als er sich wieder erhob, rief er: „Josselle!“ Die Stimme des Juden antwortete: „Ist der Herr noch auf dem Wall? Ich komme schon!“ Und Altki bemerkte im Schein der Laterne, daß Josselle neben Barlamowski stand, mit dem er soeben ein Gespräch beendet zu haben schien. Als Altki mit Hilfe des Juden den Wall hinuntergestiegen war, sah er sich noch einmal um. Starr und regungslos, wie aus Erz gegossen, stand jener gewaltige, in seinem Bereich unantastbare Mann auf seinem Posten. Er machte nicht den Eindruck, als wache er über diese menschenleeren, gefährlichen Stätten, sondern als sei er selbst jene Gefahr, die gierig auf eine Beute lauerte. Josselle hielt seine rauchende Laterne hoch, deren mattes Licht den Gevierten wie mit einem Glorienschein umgab und flüsterte: „Das ist Barlamow, er verläßt niemals den Wall, er ist ein anständiger Mann!“

VII. Bei „Kuttern“.

„Zu Trumle Leibdam!“ Kommandierte Marlowe. Wieder begann eine Wanderung durch den Schmutz, aber Altki achtete nicht mehr auf die Strapazen des Weges. Er stand ganz unter dem Eindruck der Verlogenheit und Frechheit, mit der Barlamow seine Lat abgestrichen hatte. Noch nie in seinem Leben war er der Lüge in einer so ruhigen Form begegnet. Seine Empörung steigerte sich dadurch noch mehr. „Das für Säuren!“ dachte er und meinte nicht nur die Schär der Polizisten, die sich vor seinem Auge fortbewegten, sondern auch jenen riesigen Tagelohn, der seine Riemerdecken spielte, und jener Barlamow, jenen steinernen Koloss und noch eine ganze Menge Leute, deren Kälte er ahnte und die eine ganze Welt von Lug und Trug bildeten. Ein leises Geflüster, mit süßem Geruch verbunden, weckte ihn aus seinen Gedanken. „Sieht der gnädige Herr“, flüsterte Josselle. „Der Herr hat sich geirrt. Barlamow hat nichts gehört. Kein Mensch hat einen anderen gemordet. In unserem Städtchen ist es so still, wie auf einer Wiese, wo Schafe weiden. Und nun ist Herr Marlowe ärgerlich, er ist sehr unzufrieden.“ „Schweig!“ rief Altki, den dieses ekelhafte Gespräch noch mehr empörte. „Die Polizei ist dazu da, auf Ordnung zu sehen.“ „Was regt sich der Herr so auf!“ erwiderte Josselle. „Ich mein's gut mit dem Herrn. Ich habe gesagt, der Herr soll nicht zum Herrn Polizeimeister gehen, und ich hatte recht. Jetzt muß der Herr zu „Kuttern“ gehen.“ „Das will ich tun!“ „Au we! für einen anständigen Herrn ist es sehr unangenehm, solche Orte aufzusuchen. Aber ich lenne ihn, diesen Marlowe. Schon aus Trug wird er hingehen, um zu zeigen, daß der Herr sich geirrt hat. . . Aber ich weiß ein Mittel. . .“ Er hielt inne, räusperte sich und fügte mahnend hinzu: „Der Herr sollte lieber ins Hotel zurückgehen! Ich würde ihm etwas Extratines zuführen. Was sehr Anständiges!“ Altki rief sich von dem Juden los.

„Zieh dich fort!“ „Denn der Herr nicht will, dann nicht! Aber es wäre doch besser, im warmen Zimmer zu schlafen, als sich dort nach einem so häßlichen Ort herumzuziehen.“ Er dampfte die Stimme und zwiste Altki wieder am Kormel. „Vielleicht könnte man ihn auch bestrafen, wenn man es verdachte . . . irgend wie . . . Ich weiß nicht . . . ich denke mir so!“ Altki brach in ein ironisches Lachen aus. „Ach, auf diese Weise! Nein! Darauf lasse ich mich nicht ein! Wir gehen zu „Kuttern“, und wenn ich auch die Spitzhaken zeige, besonders den mit der blutigen Hand, dann wollen wir sehen, wer recht behält.“ Er beschleunigte den Schritt von neuem Mut befeuert. Gleichzeitig bemerkte er, daß einer der Polizisten sich von der Gruppe getrennt hatte und über eine Duergele an dem Graben vorbei hinkam. „Wo rennt er hin?“ fragte er Josselle. „Wo soll er hinrennen? Er sieht die ganze Nacht hinter dem Graben. Bei uns herrscht tadellose Ordnung. Wo eine gefährliche Stelle ist, dort steht ein Polizist. Auf dem Wall — Barlamow, hier — Semipubow.“ Marlowe blieb oft stehen, sah sich um und zögerte, als ob er auf etwas wartete. „Warte nur“, sagte Altki erfreut. „Dirst nichts bekommen.“ Schrecklich, als der Polizeimeister sah, daß Josselle Ueberredung keinen Erfolg hatte, geriet er in Zorn und ging in Laufschrift über. „Vorwärts!“ Kommandierte er. Der Schmutz spritzte nach allen Seiten hoch auf, die Erde schien unter der Last der Schritte zu stöhnen. Polizisten umgaben Altki, jagten ihn vor sich hin und trafen ihn fast auf die Haden. Altki ergab sich in sein Schicksal und zog jetzt Josselle mit, der sich mit seiner ganzen Last an seinen Mantel hing. In fieberhafter, unnatürlicher Erregung lief er wie besinnungslos. (Fortf. folgt.)

